

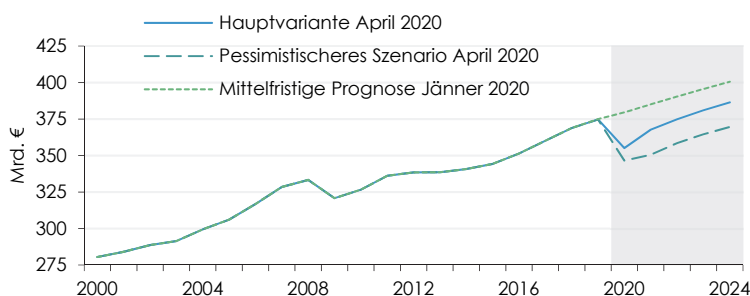
Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie

Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik

- Die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung stoßen die Weltwirtschaft in die größte Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.
- 2020 wird die Wirtschaftsleistung in Österreich um zumindest 5,2% schrumpfen und die Arbeitslosenquote auf 8,7% steigen.
- Für 2021 wird mit einer verhaltenen Erholung gerechnet, die Wirtschaft wird um 3½% wachsen. Das BIP-Niveau von 2019 dürfte frühestens Anfang 2022 wieder erreicht werden.
- Durch umfangreiche fiskalische Maßnahmen werden die ökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf die Erwerbsbevölkerung und die Unternehmen gemildert. Für 2020 wird ein Budgetdefizit von 7,4% des BIP erwartet.
- In den Jahren 2022 (+1,9%) bis 2024 (+1,4%) wird sich das Wirtschaftswachstum dem Trendwachstum (+1,1%) annähern.
- In einem pessimistischeren Szenario würden das reale BIP 2020 um 7,5% und die Beschäftigung um 2,5% sinken, die Arbeitslosenquote auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10,0% steigen.

Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich für unterschiedliche Szenarien



Wie der Vergleich der Jahre 2009 und 2020 zeigt, geht die COVID-19-Rezession in Österreich tiefer als die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Das BIP-Niveau, das vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie prognostiziert wurde, wird wohl in den nächsten Jahren nicht erreicht werden (Q: WIFO-Berechnungen).

"Infolge der COVID-19-Pandemie und der gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung stürzt die Weltwirtschaft in die tiefste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Österreich kann sich diesem Sog trotz umfangreicher Gegenmaßnahmen nicht entziehen. Die österreichische Wirtschaft wird 2020 um 5,2% schrumpfen – deutlich stärker als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 (–3,8%)."

Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie

Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik

Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024

Die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung legen weite Teile der Weltwirtschaft vorübergehend lahm. Die schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist für die österreichische Volkswirtschaft damit 2020 unvermeidbar. Das reale BIP wird zumindest um 5,2%, die Beschäftigung um 1,7% zurückgehen und die Arbeitslosenquote auf 8,7% steigen. Die fiskalischen Maßnahmen zur Abfederung der Rezession und die Steuerausfälle haben 2020 einen Anstieg des Budgetdefizits auf 7,4% und der Staatsverschuldung auf 80,2% des nominellen BIP zur Folge. Unter der Voraussetzung, dass die Pandemie unter Kontrolle bleibt, sollte sich die Wirtschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2020 schrittweise erholen. 2021 ergäbe sich dann ein Wachstum von 3,5%, die Arbeitslosenquote sollte auf 7,9% zurückgehen. Mittelfristig wird sich das Wirtschaftswachstum dem Trendwachstum (+1,1% p. a.) annähern, welches durch die Verringerung von Investitionstätigkeit und Beschäftigungswachstum infolge der COVID-19-Pandemie verringert wird. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt der Periode 2022 bis 2024 7½% betragen. 2021 dürfte die öffentliche Verschuldung einen Höchstwert von 80,5% des BIP erreichen, zum Ende des Projektionszeitraumes wird sie auf 78,5% geschätzt. In einem pessimistischeren Szenario wird für die Weltwirtschaft eine schwächere Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2020 unterstellt. Die österreichische Wirtschaft würde dann 2020 um 7,5% schrumpfen, die Arbeitslosenquote auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10,0% steigen.

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Begutachtung: Christoph Badelt, Ulrike Famira-Mühlberger, Margit Schratzenstaller, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at) • Berechnungen für die Hauptvariante abgeschlossen am 17. 4. 2020, Berechnungen für das pessimistischere Szenario am 22. 4. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Dr. Jürgen Bierbaumer-Polly (juergen.bierbaumer-polly@wifo.ac.at), Mag. Dr. Christian Glocker, MSc (christian.glocker@wifo.ac.at), Mag. Ulrike Huemer (ulrike.huemer@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Dr. habil. Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at), Mag. Dr. Helmut Mahringer (helmut.mahringer@wifo.ac.at), apl. Prof. Dr. Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at)

1. Vorbemerkung

Die COVID-19-Pandemie führte im März 2020 weltweit zu einem Einbruch der Aktienkurse und einem enormen Anstieg der Aktienkursvolatilität (Baker – Bloom – Davis – Kost et al., 2020). In weiterer Folge wurde gegen Ende

des I. und auch noch im II. Quartal 2020 die **Weltwirtschaft in Teilen** (vor allem im Dienstleistungssektor) fast vollständig **lahmgelegt**. Die **schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges** ist für die österreichische

Volkswirtschaft damit 2020 **unvermeidbar**. Das WIFO erwartet für heuer in Österreich einen **Rückgang der Wirtschaftsleistung um zumindest 5,2%**. Das **Produktionsniveau des Jahres 2019** wird voraussichtlich frühestens **Anfang 2022 wieder erreicht** (Abbildung 1). *Jordà – Singh – Taylor* (2020) weisen nach, dass tiefgreifende Pandemien in den betroffenen Volkswirtschaften noch 40 Jahre später Auswirkungen zeigen.

Die Wirtschaftswissenschaften betreten in dieser Situation Neuland. Erst die COVID-19-Krise gab den Anstoß, die Forschung zu den ökonomischen Effekten von Pandemien zu vertiefen (siehe Kasten "Eine (kleine) Auswahl aktueller wirtschaftshistorischer, wirtschaftstheoretischer und empirischer Forschungsarbeiten zu den ökonomischen

Effekten von Pandemien"). Damit steht auch die angewandte Wirtschaftsforschung vor neuen Herausforderungen.

Die Kombination aus **staatlich verordnetem Produktions- und Nachfrageverzicht**, die in **Asien, Europa und Nordamerika beinahe synchron** implementiert wurde, gab es so noch nie, empirische Vergleichsperioden fehlen deshalb. Entscheidend ist zunächst, ob, wie lange und wie umfassend Wirtschaftsbereiche stillgelegt werden müssen, um die Ausbreitung von Infektionen mit SARS-CoV-2 ausreichend kontrollieren zu können. Gleichzeitig ist weltweit mit einer gewissen Persistenz der Krankheit zu rechnen, was die Gefahr neuer, auch saisonaler Infektionswellen in näherer Zukunft birgt¹⁾.

Die Kombination aus staatlich verordnetem Produktions- und Nachfrageverzicht, die im Großteil der Weltwirtschaft beinahe synchron implementiert wurde, führt zur schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Da es eine ähnlich gelagerte Situation noch nie gab, fehlen empirische Vergleichsperioden, und die Wirtschaftswissenschaft betritt in dieser Situation Neuland.

Eine (kleine) Auswahl aktueller wirtschaftshistorischer, wirtschaftstheoretischer und empirischer Forschungsarbeiten zu den ökonomischen Effekten von Pandemien

Da Pandemien sehr selten auftreten, sind dazu nur spärliche Daten verfügbar. Auf Basis ihrer Untersuchung von 15 größeren Pandemien (jeweils über 100.000 Todesfälle) aus den letzten 600 Jahren finden *Jordà – Singh – Taylor* (2020), dass diese noch 40 Jahre nachwirken, die realen Renditen niedriger, die Reallöhne etwas und das Vorsichtssparen deutlich erhöht sind.

Barro – Ursúa – Weng (2020) versuchen auf Basis von Daten zur Pandemie der "Spanischen Grippe" von 1918 bis 1920 aus 48 Ländern eine Abschätzung des Influenza-bedingten Rückganges der Wirtschaftsleistung und kommen zu dem Schluss, dass ihre Ergebnisse ". . . imply flu-generated economic declines for GDP and consumption in the typical country of 6 and 8 percent, respectively". *Eichenbaum – Rebelo – Trabandt* (2020) und *Bethune – Korinek* (2020) schließen aus ihren Untersuchungen anhand der Kombination typischer Epidemie-Modelle mit ökonomischen Standard-Verhaltensmodellen, dass infizierte Personen in ihren ökonomischen Entscheidungen die negativen externen Effekte ihres Handelns nicht ausreichend berücksichtigen würden und gesundheitspolitische Einschränkungen des individuellen Handelns daher notwendig seien.

Nach *Baker – Bloom – Davis – Kost et al.* (2020) kam seit 1900 kein Ausbruch einer Infektionskrankheit auch nur annähernd an die Wirkung der COVID-19-Pandemie auf den Aktienmarkt der USA heran; der Grund dafür sei im Umfang und der Schärfe der getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen zu suchen.

Zur Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie identifizieren *Baker – Bloom – Davis – Terry* (2020) drei Indikatoren – Aktienmarktvolatilität, tageszeitungsbasierte wirtschaftliche Unsicherheit und umfragenbasierte subjektive Unsicherheit zu den Geschäftserwartungen – und konstruieren daraus ein vorausschauendes Unsicherheitsmaß in Echtzeit. Sie verwenden diese Indikatoren, um den enormen Anstieg der wirtschaftlichen Unsicherheit in den letzten Wochen zu dokumentieren und zu quantifizieren. Auf dieser Basis schätzen sie eine jährliche Abnahme des realen BIP der USA um fast 11% ab dem IV. Quartal 2020, wobei etwa die Hälfte des prognostizierten Outputrückganges den Effekt der COVID-19-induzierten Unsicherheit widerspiegelt.

In dieser unübersichtlichen Gemengelage müssen für eine Analyse für jeden Wirtschaftssektor **Annahmen** getroffen werden, die vor allem die **Dauer, Breite und Intensität der gesundheitspolitischen Einschränkungen** (von Hygieneempfehlungen bis zum Lockdown) betreffen. Weiters muss eingeschätzt werden, welche Wirtschaftsbereiche wie schnell wieder aktiviert werden können, welche Auflagen beachtet bzw. welche Hindernisse bewältigt werden müssen, um die Wirtschaft nach schwerwiegenden Produktionseinschränkungen wieder hochzufahren (Kapitel 2).

Zusätzlich ändern sich die Bedingungen für die gesundheits- und/oder wirtschaftspolitischen Entscheidungen und damit auch für die Analyse sehr rasch. Auf der Grundlage

des üblichen, überwiegend auf Erhebungen der amtlichen Statistik und eigenen Umfragen (im Monats- bzw. Quartalsabstand) aufbauenden Instrumentarium wäre es aber auch unter den besten Umständen nicht möglich, eine rezente und fundierte wöchentliche ökonomische Analyse zu erstellen. Aus diesem Grund hat das WIFO mit dem wöchentlichen BIP-Indikator ein neues Instrument entwickelt (siehe Kasten "**Weekly WIFO GDP Indicator for Austria** – ein hochfrequentes Modell zur Erstellung von kurzfristigen Prognosen" und Abbildung 2). Zudem orientieren sich die Einschätzungen stärker als in früheren Prognosen an der Produktionsseite der Wirtschaft (*Ederer*, 2020).

Auf Basis der wöchentlichen BIP-Schätzungen, der Einschätzungen der Entwicklung

¹⁾ NDR-Corona-Podcast mit Prof. Drosten, Charité Berlin, <https://mediandr-a.akamaihd.net/download/podcasts/podcast4684/AU-20200420-1353-5700.mp3>.

nach Wirtschaftssektoren und verschiedener plausibler Annahmen zur weiteren Entwicklung der gesundheits- und/oder fiskalpolitischen Maßnahmen sowie der internationalen Wirtschaft wurden für die vorliegende mittelfristige WIFO-Prognose mit dem WIFO-Macromod (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005) **zwei Szenarien der künftigen Wirtschaftsentwicklung** simuliert.

Obwohl eine günstigere Wirtschaftsentwicklung als in der **Hauptvariante** dargestellt noch nicht vollkommen ausgeschlossen werden kann, ist das Eintreten eines noch schlechteren Ergebnisses als jenes der Hauptvariante sehr viel wahrscheinlicher. Im abschließend präsentierten **pessimistischeren Szenario** wird deshalb von einer **schwächeren Erholung der Wirtschaftsleistung von Österreichs wichtigsten Handelspartnern im III. und IV. Quartal 2020** ausgegangen. Diese Annahme stützt sich auf zwei Gründe: Zum einen wurde im Ende März vorgestellten WIFO-Konjunkturszenario (Ederer, 2020) die kurzfristige Entwicklung (vor allem auf dem Arbeitsmarkt) in Österreich wesentlich zutreffender eingeschätzt als die dem Konjunkturszenario unterlegte internationale Entwicklung. Der zweite Grund, das internationale Umfeld als unsicherer als die Entwicklung im Inland zu sehen, liegt im Verlauf der internationalen Rohölpreisnotierungen: Der Preisverfall in der 16. Kalenderwoche 2020 (Mitte April) wird neben bereits sehr hohen Lagerbeständen in erster Linie auf den Einbruch der Energienachfrage durch die von den Marktteilnehmern zuvor nicht in diesem Ausmaß erwartete Rezession zurückgeführt. Im pessimistischeren Szenario erwartet das WIFO einen Rückgang des realen BIP um 7,5%, einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 9,1% und ein Budgetdefizit von 10,0% des nominellen BIP (Kapitel 4).

Aus wirtschaftstheoretischer Sicht ist die COVID-19-Rezession die Folge eines Zusammenstößens negativer Angebots- und Nachfrageschocks, die sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland stammen.

Aus wirtschaftstheoretischer Sicht ist die COVID-19-Rezession die Folge eines **Zusammentreffens** mehrerer **negativer Schocks**, die sowohl **von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite** sowie **aus dem Aus- wie auch aus dem Inland** herrühren. Negative Angebotschocks sind die verordnete Schließung von Produktionsstätten, Geschäften, Hotels und Gastronomiebetrieben sowie das Verbot der Ausübung fast aller persönlichen Dienstleistungen zur Eindämmung von Infektionen mit SARS-CoV-2. Aufgrund der Grenzschließungen fehlen Arbeitskräfte aus Ostmitteleuropa in der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitenden Industrie, in der Bauwirtschaft, der Sachgütererzeugung und im Gesundheitsbereich (24-Stunden-Pflege); die Folge sind Behinderungen und Engpässe in der Produktion. Darüber hinaus wirken sich besonders in der Sachgütererzeugung Verzögerungen oder Ausfälle von Rohstoff- und Vorproduktlieferungen innerhalb der internationalen Lieferketten negativ auf die Produktionsmöglichkeiten aus (Kapitel 4.1). Die Schließung von Kindergärten und Schulen

sowie das Ausbleiben von Pflegekräften aus Osteuropa wegen der Grenzschließungen behindern das im Inland ansässige Arbeitskräfteangebot und die Produktivität von Berufstätigen mit Betreuungspflichten.

Auf der Nachfrageseite bewirken die Ausgangsbeschränkungen und die Einschränkung der Konsummöglichkeiten ein Zwangsparen der privaten Haushalte (Kapitel 4.3). Die Unternehmen stellen angesichts der Stornierung bestehender Aufträge und der schwierigen Akquisition neuer Aufträge Investitionsprojekte zurück (Kapitel 4.2). Vor diesem Hintergrund werden sowohl die Exporte als auch die Importe erstmals seit 2009 erheblich sinken.

Zwar wirkt eine deutliche Ausweitung fiskalpolitischer Maßnahmen dem entgegen, doch wird trotz einiger Nachholeffekte im weiteren Jahresverlauf nach der schrittweisen Aufhebung der gesundheitspolitischen Restriktionen ein Rückgang der Gesamtnachfrage 2020 erwartet. 2021 dürften die Nachholeffekte eine kräftige Ausweitung der Nachfrage mit sich bringen. Mittelfristig wird sich das Wirtschaftswachstum wieder dem Trendwachstum der österreichischen Volkswirtschaft annähern (Kapitel 4.4).

Der Einbruch der Wertschöpfung hat erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, das Arbeitsvolumen geht kurzfristig massiv zurück. Die Anpassung erfolgt hier zum größten Teil über die **starke Verringerung der Arbeitsstunden pro Kopf**. Dies ist eine direkte Konsequenz der vom österreichischen Parlament beschlossenen Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung durch die **COVID-19-Kurzarbeit**. Die **Arbeitslosenquote** dürfte **2020 auf 8,7%** steigen, das Niveau des Vorjahres (2019: 7,4%) wird aus heutiger Sicht erst mittelfristig wieder erreicht werden (Kapitel 4.5 und 4.6).

Die **öffentlichen Haushalte** werden durch die COVID-19-Pandemie massiv belastet. Die Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verringern sich kurzfristig wegen des Einbruches der wirtschaftlichen Aktivität deutlich. Daneben dürften die Maßnahmen wie eine Herabsetzung und/oder Stundung von Steuervorauszahlungen und Sozialversicherungsbeiträgen den Einnahmeverlauf auch 2021 noch beeinflussen.

Die im internationalen Vergleich günstige fiskalische Ausgangssituation erlaubt es, den Einbruch der Wirtschaftsleistung durch weitreichende ausgabenseitige Maßnahmen abzufedern. Neben zusätzlichen Beschaffungen im Gesundheitswesen werden mit der Ausweitung des Kurzarbeitsgeldes die unselbständig Beschäftigten und mit der Bereitstellung der Härtefallfonds und Notfallfonds die Selbständigen und Unternehmen unterstützt. Die Folge sind ein **gesamstaatliches Rekorddefizit von 7,4% des nominellen BIP**

und ein **Anstieg der öffentlichen Verschuldungsquote um etwa 10 Prozentpunkte** (Kapitel 4.7). Der zum Abbau dieser Schulden

notwendige zeitliche Horizont übersteigt den Fünfjahresausblick der vorliegenden Projektion²⁾.

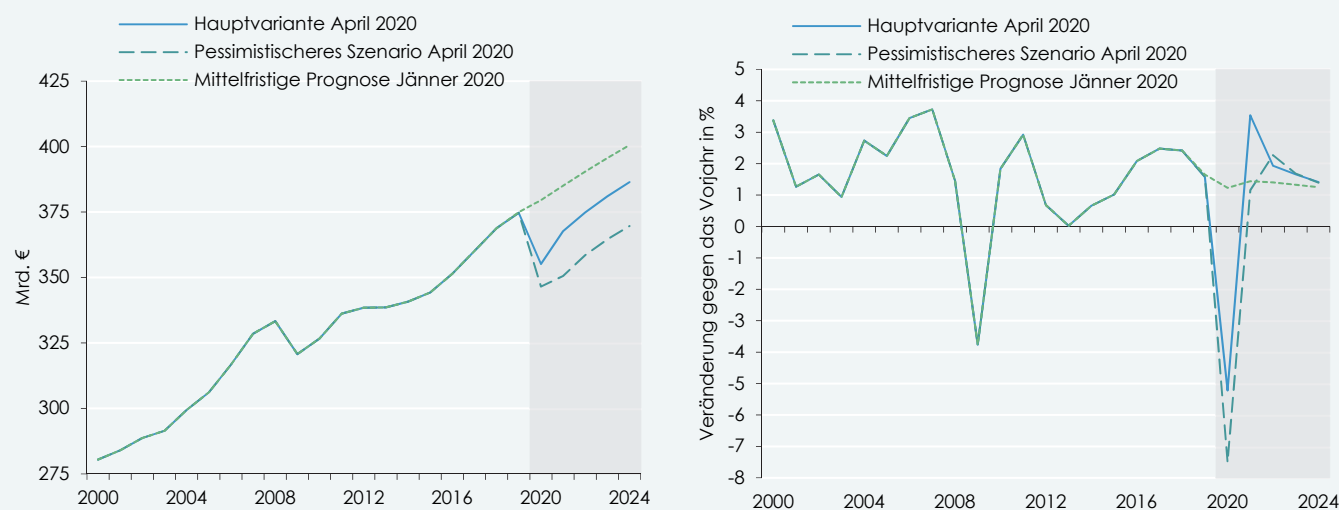
"Weekly WIFO GDP Indicator for Austria" – ein hochfrequentes Modell zur Erstellung von kurzfristigen Prognosen

Das Bruttoinlandsprodukt, der wichtigste Indikator der Wirtschaftsaktivität, wird in der Regel vierteljährlich mit einer Verzögerung von mindestens einem Monat nach Ende eines Quartals als Schnellschätzung publiziert. Das rechtzeitige Vorliegen von Informationen über die aktuelle Wirtschaftslage ist jedoch für eine rasche und angemessene wirtschaftspolitische Beurteilung unabdingbar – besonders wenn sich die Entwicklung so rasch vollzieht wie derzeit in der COVID-19-Krise: Innerhalb von nur zwei Wochen verschärfte sich die Einschätzung von "der Abschwung verstärkt sich durch Lieferverzögerungen im Bereich von Rohstoffen, Vor- und Endprodukten aus China" zu "größte weltweite Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg". Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, entwickelte das WIFO ein Zeitreihenmodell, das es erlaubt, mit rezent verfügbaren hochfrequenten Wirtschaftsdaten unterschiedlicher Periodizität und Stichprobenlänge die Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft wöchentlich zu prognostizieren und zu analysieren. Aufbauend auf *Fräle et al. (2011)* wurde ein dynamisches Faktormodell mit drei verschiedenen Frequenzen (vierteljährlich, monatlich und wöchentlich) spezifiziert. Die Auswahl der Indikatoren erfolgte unter der Prämisse, das Modell für eine Bewertung der aktuellen Lage und für kurzfristige Vorhersagen einsetzen zu können. So wurde ein Ein-Faktor-Modell mit einer umfangreichen dynamischen Struktur aufgesetzt. Der Ansatz von *Mariano – Murasawa (2003)* wurde mit den Ergänzungen von *Boivin – Ng (2006)* übernommen. Das Modell wird, wie von *Fräle et al. (2011)* vorgeschlagen, in eine Zustandsraumdarstellung gebracht, um die Einschränkungen zu berücksichtigen, die sich aus der zeitlichen Aggregation von drei verschiedenen Frequenzen ergeben. Die modifizierte Struktur ist explizit so konstruiert, dass fehlende Beobachtungen berücksichtigt werden können. In einem weiteren Schritt wird der Kalman-Filter eingesetzt, um fehlende Beobachtungen zu schätzen und Prognosen zu generieren.

Der Ansatz von *Glocker – Wegmueller (2020)* wird verwendet, um Variable zu identifizieren, die repräsentativ für die Wirtschaftsaktivität sind. Die ausgewählten Indikatoren bilden möglichst unterschiedliche Wirtschaftsbereiche wie das verarbeitende Gewerbe, den Finanzmarkt, den Außenhandel und den Arbeitsmarkt ab. Die Auswahl berücksichtigt jedoch auch die zeitliche Verfügbarkeit von Indikatoren: So werden jene Indikatoren als nachrangig betrachtet, deren Daten erst mit großer Verzögerung verfügbar sind. Die Kombination all dieser Anforderungen ergibt letztlich einen Satz von zehn Indikatoren: Kreditkartentransaktionen, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, realisierte Aktienmarktvolatilität, Volatilität der Zinsstrukturkurve und des Zinssatzdifferentials gegenüber Deutschland, Lkw-Fahrleistung auf Autobahnen laut Asfinag sowie drei Stimmungsindikatoren aus den WIFO- und ifo-Unternehmensumfragen. Die Volatilität der Indikatoren wird im Vorfeld mit Hilfe eines stochastischen Volatilitätsmodells geschätzt.

Unter Verwendung dieses Indikatorensatzes wird das Modell für eine Prognose des vierteljährlichen und jährlichen österreichischen BIP eingesetzt. Abbildung 2 zeigt die Wachstumsrate für das Jahr 2020, wie sie vom Modell in den ersten Kalenderwochen 2020 prognostiziert wurde. Das Modell lieferte im Jänner und Februar noch eine Prognose positiver Veränderungsrate, ab Anfang März jedoch bereits einen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Die anhaltende Verschlechterung der Indikatoren schlug sich in der Folge in weiteren Abwärtskorrekturen der BIP-Prognose nieder. Besonders ausgeprägt waren diese in der ersten März-Hälfte. Ab der 16. Kalenderwoche pendelte sich der geschätzte jährliche Produktionsrückgang bei 6% ein.

Abbildung 1: Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich

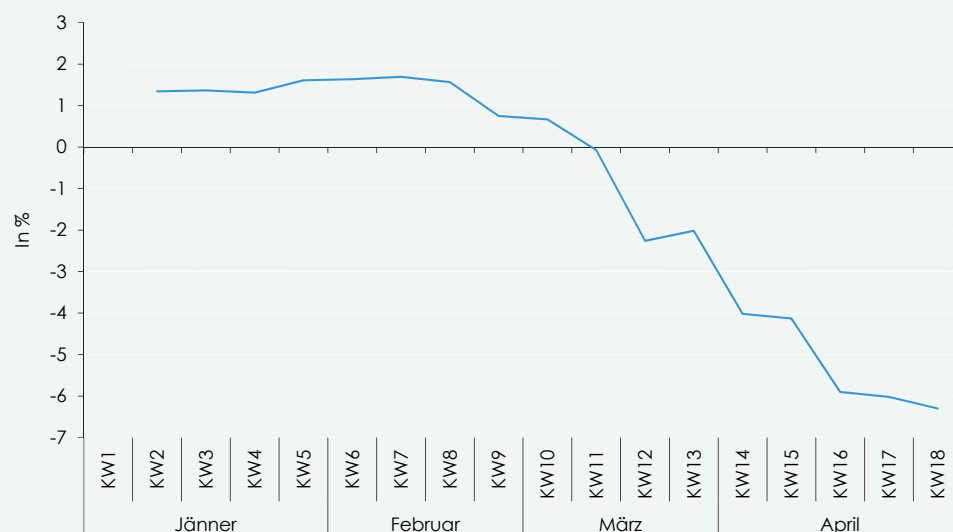


Q: WIFO-Berechnungen.

²⁾ Durch die unterstellte No-Policy-Change-Annahme werden außer den bereits beschlossenen COVID-19-Maßnahmen keine weiteren fiskalpolitischen Maßnahmen unterstellt, d. h. es werden in der Prognose

keine weiteren Annahmen zu etwaigen Konjunkturprogrammen, Steuerreform- oder Budgetkonsolidierungsmaßnahmen getroffen.

Abbildung 2: **Wöchentliche Modellschätzungen des realen BIP-Wachstums für das Jahr 2020**



Q: WIFO-Berechnungen. KW . . . Kalenderwoche.

Die aktuelle Datenlage lässt noch keine Aussagen darüber zu, wie gut die Rettungspakete für die Unternehmen greifen – ob und wie schnell sie bei den Adressaten tatsächlich ankommen. Davon hängt es aber ab, ob eine Insolvenzwelle verhindert werden kann und die Wirtschaft mit der Lockerung der Beschränkungen wieder in Schwung kommt.

Aufgrund des Einkommensrückganges der privaten Haushalte und der Ertragsausfälle der Unternehmen wurden die privaten Konsum- und Investitionsausgaben markant verringert. Durch die enorme Verunsicherung genügen geringe weitere Störungen, um den privaten Konsum und die Investitionstätigkeit aus Vorsichtsmotiven noch weiter

einzu­schränken (Baker – Bloom – Davis – Terry, 2020).

Weitere Gefahren drohen auch vom außenwirtschaftlichen Umfeld: Der **Abfluss von kurzfristiger Liquidität aus den Schwellenländern** oder eigenartige Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten (**negative Notierungen für bestimmte Rohölsorten**) aufgrund einer erheblichen Überproduktion bei bereits gefüllten Lagerkapazitäten sind hier zu nennen. Der Großteil der Handelspartner in Europa und Amerika befindet sich bereits in einer Rezession. Die medizinische und wirtschaftliche Krise in den Schwellenländern in Afrika und Südamerika steht gerade erst am Anfang und trübt damit das Bild für die weltweite Wirtschaftsentwicklung zusätzlich ein.

2. Grundannahmen zu den gesundheitspolitischen Beschränkungen und deren Lockerung

In dieser Prognose wird angenommen, dass die mit 16. März 2020 in Kraft gesetzten restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Epidemie in Österreich nach den von der Bundesregierung in der Karwoche und danach bekanntgegebenen Plänen schrittweise aufgehoben werden:

- **14. 4.:** Kleinere Geschäfte und Baumärkte dürfen (mit Zugangsbeschränkungen) wieder öffnen.
- **2. 5. bzw. 4. 5.:** Auch größere Geschäfte dürfen wieder öffnen.
- Der Schulbetrieb wird in Abschlussklassen (Maturaklassen) wieder aufgenommen.

- Anbieter von (bestimmten) persönlichen Dienstleistungen dürfen den Betrieb wieder aufnehmen.
- **11. 5. bzw. 15. 5.:** Der Schulbetrieb im Klassenverband wird (mit Beschränkung der Schülerzahlen im Raum) allgemein wieder aufgenommen.
- Restaurants und Gaststätten sowie kleinere Beherbergungsbetriebe dürfen öffnen.
- **Anfang Juni** dürfen auch größere Hotels wieder öffnen.
- Für Veranstaltungen (Konzerte, Festivals), Messen, Sportveranstaltungen u. a. sowie den grenzüberschreitenden Personen-

verkehr, insbesondere Flugreisen bleiben die Beschränkungen **zunächst aufrecht**.

Damit liegt der Prognose ein gewisser **Grundoptimismus zugrunde ("Wir schaffen das!")**. Die Behörden und die Bevölkerung lernen fortschreitend mit dem Infektionsrisiko und den Schutzmaßnahmen verantwortungsvoll umzugehen. Die Hygiene- und Kontaktregeln werden weiterhin konsequent eingehalten.

Darüber hinaus implementiert Österreich auf Basis der eigenen Erfahrungen und der Best-Practice-Beispiele anderer Länder im Umgang mit der COVID-19-Pandemie eine österreichweite (kleinräumige) Testinfrastruktur

zur Seuchenprävention und -kontrolle. Damit soll es möglich werden, lokale Infektionsherde frühzeitig zu erkennen und zu behandeln, um drastischere Maßnahmen für das ganze Land vermeiden zu können (OECD, 2020).

In diesem Sinne unterstellt die mittelfristige WIFO-Prognose nicht, dass die COVID-19-Epidemie in Österreich ein einmaliges Ereignis bleibt, sondern dass bei Auftreten einer neuen Welle damit "smart" umgegangen werden kann, denn nach den bisher vorliegenden internationalen Erfahrungen dürften mit zunehmender Dauer des Lockdown die gesamtwirtschaftlichen Kosten überproportional steigen.

3. Internationale Rahmenbedingungen

3.1 Wirtschaftsentwicklung der wichtigsten Handelspartner

Die Weltwirtschaft verlor Ende 2018 bereits an Dynamik, vor allem in der Sachgütererzeugung verschlechterte sich die Entwicklung bis zum IV. Quartal 2019 weiter – im Euro-Raum geriet die Industrie in der zweiten Jahreshälfte 2019 bereits in eine Rezession. Den ersten Ansätzen zu einer Konjunkturstabilisierung Anfang 2020 bereiteten der Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die deshalb erforderlichen gesundheitspolitischen Restriktionen ein jähes Ende. Ein Großteil der Weltwirtschaft wurde beinahe zeitgleich von den Folgen der Pandemie erfasst. In vielen Ländern wurde die Aktivität vor allem des Dienstleistungssektors – der noch bis Februar und Anfang März die Entwicklung stabilisiert hatte – per Dekret stark eingeschränkt, in manchen Bereichen sogar zum Erliegen gebracht. Als Konsequenz dieser Entwicklung stürzte die Weltwirtschaft im März beinahe synchron in die **schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg**.

Für Österreich als kleine, sehr offene Volkswirtschaft sind daher nicht nur die im Inland wirksamen Maßnahmen maßgeblich, sondern auch die Einschränkungen und die Tiefe der Rezession in den wichtigsten Handelspartnerländern. In die fünf wichtigsten Handelspartner(-regionen) gehen traditionell 85% der österreichischen Exporte.

Übersicht 1 fasst die internationalen Annahmen der Hauptvariante der vorliegenden Prognose für die fünf wichtigsten Exportpartner (Hauptvariante) zusammen. Sie orientieren sich am Global Recession Scenario von Oxford Economics vom 8. April 2020. Übersicht 8 zeigt die entsprechenden Annahmen für ein pessimistischeres Szenario, das – bei gleichen gesundheitspolitischen Maßnahmen im Inland – eine Vertiefung der weltweiten Rezession unterstellt. Es stützt sich auf den World Economic Outlook des IWF vom 15. April 2020. Beide internationalen

Szenarien wurden den Erfordernissen für die Implementation ins Prognose- und Simulationsmodell WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005) entsprechend, gemäß den Einschätzungen der WIFO-Expertinnen und -Experten, für die Bereiche internationale und monetäre Ökonomie angepasst. Für beide Szenarien wurde der Verlauf im I. und II. Quartal 2020 identisch angenommen, im pessimistischeren Szenario wurde danach aber eine verzögerte Erholung unterstellt. Abbildung 3 illustriert den unterstellten Wachstumsverlauf für die drei größten Handelsdestinationen im Vergleich mit der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Jänner 2020 (d. h. vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie; Baumgartner – Kaniovski, 2020).

In der Hauptvariante wird für alle fünf Haupt handelspartner im Jahr 2020 eine Rezession unterstellt, der ein V-förmiger unvollkommener Rebound folgt, da das Produktionsniveau des Ausgangsjahres 2019 im Jahr nach der Rezession (noch) nicht erreicht wird. Für den Zeitraum 2022 bis 2024 wird eine langsame Rückkehr zum durch die Rezession etwas verringerten Trendwachstum angenommen. Basierend auf der für die fünf angeführten Haupthandelspartner mit den österreichischen Exportanteilen gewichteten durchschnittlichen Veränderungsrate, schrumpft die Wirtschaft dieser Ländergruppe 2020 um 5% (Euro-Raum –6,1%) und wächst 2021 um 3,5% (+2,9%). In den folgenden Jahren flacht das durchschnittliche Wachstum auf 1½% p. a. ab.

3.2 PEPP zur Stabilisierung der langfristigen Zinssätze und Liquiditätssicherung im Finanzsektor

Die Geldpolitik wurde im Euro-Raum ab dem Herbst 2019 aufgrund der Konjunkturabschwächung wieder expansiver ausgerichtet. Die zwischen März 2015 und Dezember 2018 angekauften Wertpapiere behielt die EZB in ihrem Bestand und ersetzte die Tilgungen aushaftender Wertpapiere mit Nach-

Als Konsequenz des Ausbruches der COVID-19-Pandemie und der deshalb erforderlichen gesundheitspolitischen Restriktionen stürzte die Weltwirtschaft im März beinahe synchron in die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.

käufen in selber Höhe. Darüber hinaus senkte die EZB im September 2019 den Zinssatz für die Einlagenfazilität auf –0,5% und begann im November 2019 zusätzlich ein neues unbefristetes Wertpapierankaufprogramm (Asset Purchase Programme – APP) in der Höhe von 20 Mrd. € pro Monat. Am 18. März 2020 beschloss der EZB-Rat das **Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)** als geldpolitische Unterstützung, um dem außerordentlichen Rückgang der Wirtschaftsaktivität im Euro-Raum infolge der COVID-19-Krise zu begegnen.

Das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) sieht ein historisch einmaliges Ausmaß an Liquiditätsunterstützung für den Finanzsektor vor. Daneben soll es die Fragmentierung der Finanzmärkte im Euro-Raum verhindern.

Das PEPP umfasst ein temporäres Ankaufprogramm **in Höhe von 750 Mrd. €** für Anleihen öffentlicher und privater Schuldner, wie sie bereits im Rahmen des APP angekauft werden. Die Ankäufe im Rahmen des PEPP erfolgen zusätzlich und getrennt von jenen des APP, das selbst wiederum am 12. März 2020 bis zum Jahresende 2020 um 120 Mrd. € aufgestockt wurde. Die PEPP-Ankäufe begannen am 26. März 2020 und sind als temporäre Maßnahme zumindest bis Ende 2020 vorgesehen. Wie bereits im APP führen auch im PEPP nationale Zentralbanken und die EZB die Ankäufe gemeinsam durch. Das PEPP sieht (wie auch das vergleichbare Programm der Fed) ein **historisch einmaliges Ausmaß an Unterstützung** vor und soll zu einer Verringerung der Unsicherheit auf den Finanzmärkten beitragen.

Im PEPP ist ein Abweichen des Ankaufvolumens von den regionalen Quoten und Anlagelassen des APP möglich. Dadurch kann **einer Fragmentierung der Finanzmärkte innerhalb des Euro-Raumes** durch größere Zinssatzunterschiede zwischen den einzelnen

Ländern des Euro-Raumes **entgegengewirkt werden**. Bereits in den ersten Tagen nach dem Inkrafttreten wurden die seit Anfang März zunehmenden Zinsunterschiede zwischen Deutschland und den Peripherieländern des Euro-Raumes deutlich verringert³⁾.

Gegenüber der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Jänner 2020 ändert sich damit die Einschätzung zum weiteren Verlauf der Geldpolitik. Unter den neuen Voraussetzungen wird frühestens im Jahr 2023 eine Erhöhung der Leitzinssätze erwartet, da die EZB zuvor ihren stark vergrößerten Bestand an staatlichen Wertpapieren zumindest teilweise abbauen dürfte. Der **Dreimonatsgeldmarktsatz** wird unter diesen Bedingungen **bis 2023 negativ** bleiben und erst im Jahr 2024 leicht auf +1/4% steigen. Diese Lockerung der Geldpolitik sollte in den kommenden Jahren auch die langfristigen Zinssätze im Euro-Raum niedrig halten. Zum Ende der Prognoseperiode wird die Sekundärmarktrendite deutscher 10-jähriger Staatsanleihen mit 1 1/4% angenommen, um knapp 1 Prozentpunkt unter der Annahme vom Jänner 2020. Damit wird unterstellt, dass das Volumen des PEPP ausreicht (oder entsprechend ausgedehnt wird), um die Wirkung der Erhöhung der Staatsverschuldung infolge der COVID-19-Krise auf das langfristige Zinsniveau zu neutralisieren. Wenn sich die Weltwirtschaft wie in der Hauptvariante dieser Prognose unterstellt (Übersicht 1) erholt, dürfte das beschlossene PEPP-Volumen genügen, um eine Erhöhung der kumulierten zusätzlichen Staatsverschuldung (in Prozent des nominalen BIP) der Euro-Länder um 6 1/4 Prozentpunkte zu absorbieren.

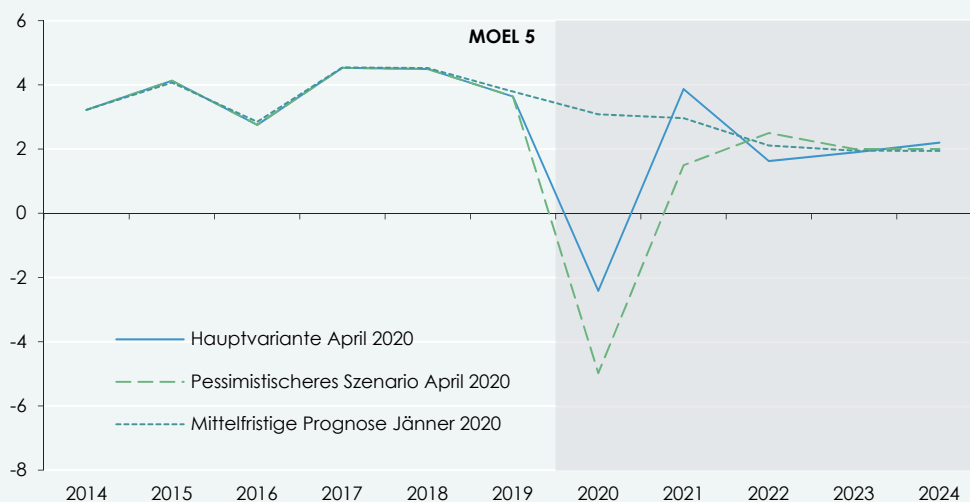
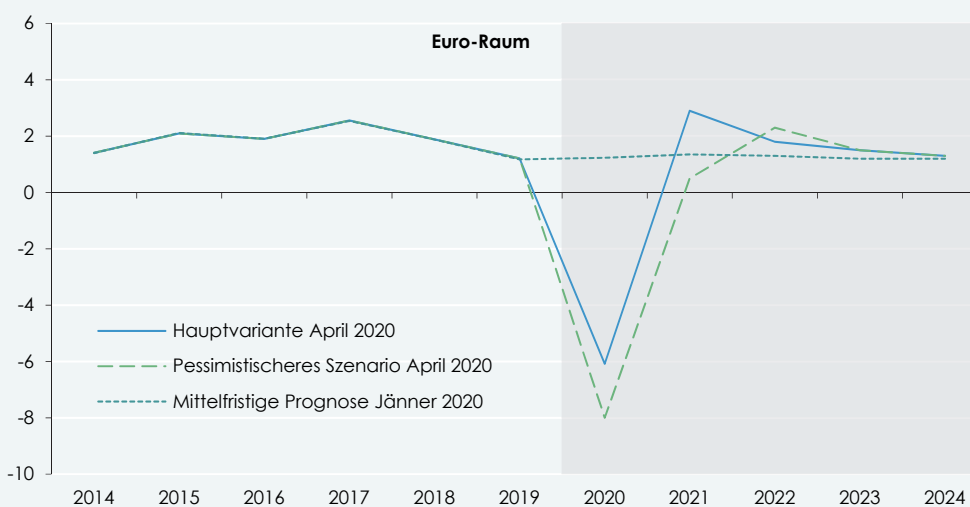
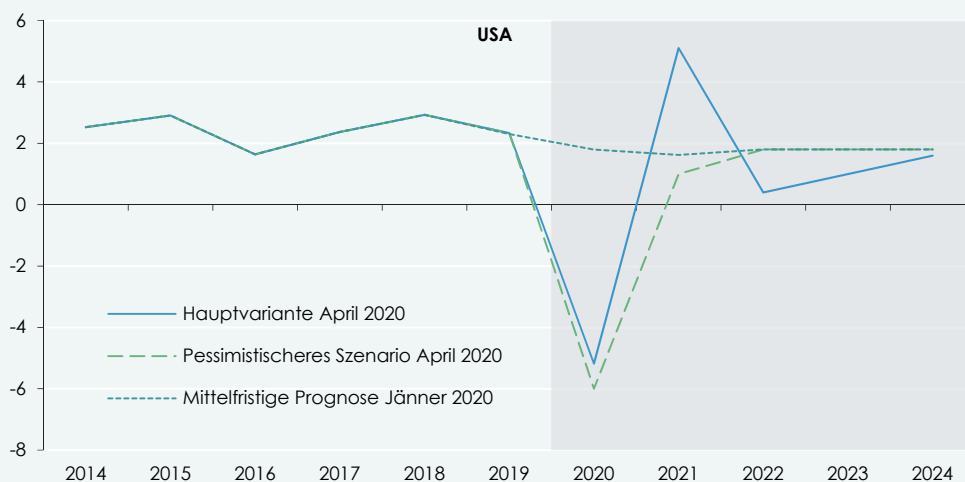
Übersicht 1: Internationale Konjunktur – Hauptvariante

		Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum		+ 0,8	+ 1,9	+ 0,2	+ 1,2	– 6,1	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3
MOEL 5 ¹⁾		+ 2,2	+ 3,9	+ 1,4	+ 3,6	– 2,4	+ 3,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2
USA		+ 2,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 2,3	– 5,2	+ 5,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,6
Schweiz		+ 2,0	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,9	– 3,7	+ 3,8	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,2
China		+ 8,6	+ 6,7	+ 4,6	+ 6,1	– 1,0	+ 7,7	+ 5,4	+ 5,7	+ 5,7
		Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	Dollar je Barrel	102	57	47	64	40	45	48	50	52
Wechselkurs	\$ je €	1,33	1,13	1,13	1,12	1,12	1,12	1,13	1,14	1,15
Internationale Zinssätze, Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,9	0,2	0,4	– 0,3	– 0,3	0,0	0,3	0,5	1,3

Q: WIFO-Berechnungen. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

³⁾ <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200403-54ecc5988b.en.html>.

Abbildung 3: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei Haupthandelspartnerregionen**
 BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics, 8. April 2020; IWF, World Economic Outlook, 15. April 2020.
 MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

3.3 Rohölpreise und Wechselkurs

Die Annahmen zur Entwicklung der Rohölpreise (Brent, Dollar je Barrel) basieren auf den Futures-Notierungen vom 16. April 2020, d. h. nach der Einigung der OPEC+-Gruppe auf eine Senkung der Rohölfördermenge um 10 Mio. Barrel pro Tag⁴). Ausgehend von 64 \$

im Jahresdurchschnitt 2019 wird ein Rückgang auf 40 \$ 2020 unterstellt (Juni unter 30 \$ je Barrel) danach ein leichter Anstieg auf 52 \$ im Jahr 2024. Für den Dollar-Euro-Wechselkurs wird eine leichte Aufwertung des Euro von 1,12 \$ auf 1,15 \$ je Euro erwartet.

4. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich – Hauptvariante

4.1 COVID-19-Maßnahmen legen den Dienstleistungssektor weitgehend lahm

Am Sonntag, den 15. März 2020 beschloss das österreichische Parlament das erste COVID-19-Gesetzespaket. Dieser Rechtsakt bildete die Grundlage für umfangreiche gesundheitspolitische Maßnahmen zur Vermeidung einer großflächigen Ausbreitung von Infektionen mit SARS-CoV-2 in Österreich: Mit 16. März 2020 trat ein weitgehendes Betretungsverbot des öffentlichen Raumes in Kraft. Neben Ausgangsbeschränkungen für Privatpersonen bedeutete dies umfangreiche Betriebsschließungen in Dienstleistungsbereichen, in denen persönliche Interaktionen zwischen Kunden und Personal erfolgen (z. B. Handel, Tourismus oder persönliche Dienstleistungen) oder viele Personen auf

sehr engem Raum zusammenkommen (wie Sport-, Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen). Davon ausgenommen wurden systemrelevante Bereiche zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung (wie z. B. der Lebensmitteleinzelhandel, Apotheken und Drogerien, Tankstellen u. a.). Für den produzierenden Bereich (Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft, Landwirtschaft) wurden keine generellen Betriebsschließungen verordnet, sondern lediglich zusätzliche Hygienevorschriften erlassen.

Die ökonomischen Folgen der gesundheitspolitischen Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie sind naturgemäß in jenen Bereichen, in denen wirtschaftliches Handeln per Dekret stark eingeschränkt oder gänzlich untersagt wurde, am stärksten zu spüren.

In vielen Dienstleistungsbereichen wurde wirtschaftliches Handeln per Dekret stark eingeschränkt oder gänzlich untersagt. Am stärksten schrumpft deshalb 2020 die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie.

Übersicht 2: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche zu Herstellungspreisen – Hauptvariante

	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020		
				WIFO-Prognose April 2020 ¹⁾				Konjunkturszenario März 2020 ²⁾	WIFO-Prognose April 2020 ¹⁾	
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4.167	4.336	4.365	4.059	+ 2,5	+ 4,1	+ 0,7	- 5,0	- 7,0	
Herstellung von Waren, einschließlich Bergbau	64.066	67.310	67.915	61.803	+ 4,8	+ 5,1	+ 0,9	- 4,0	- 9,0	
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9.603	10.117	10.429	10.273	+ 4,8	+ 5,4	+ 3,1	- 1,5	- 1,5	
Bauwirtschaft	20.084	20.870	21.396	20.433	+ 4,3	+ 3,9	+ 2,5	- 4,0	- 4,5	
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	37.782	38.501	38.890	36.751	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,0	- 1,8	- 5,5	
Verkehr	18.382	19.211	20.060	18.556	+ 3,7	+ 4,5	+ 4,4	- 5,0	- 7,5	
Beherbergung und Gastronomie	16.076	16.554	16.943	12.283	+ 0,2	+ 3,0	+ 2,3	- 10,5	- 27,5	
Information und Kommunikation	11.602	11.914	12.284	12.468	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,5	+ 1,5	
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	13.781	13.715	14.197	13.913	+ 3,7	- 0,5	+ 3,5	- 2,5	- 2,0	
Grundstücks- und Wohnungswesen	30.421	30.708	31.246	30.933	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,8	- 0,5	- 1,0	
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ³⁾	31.394	32.342	33.082	32.421	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,3	- 1,2	- 2,0	
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	55.212	55.587	55.907	57.026	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,0	
Sonstige Dienstleistungen ⁵⁾	8.887	8.848	8.908	6.681	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	- 13,0	- 25,0	
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁶⁾	321.436	329.908	335.511	317.599	+ 2,6	+ 2,6	+ 1,7	- 2,4	- 5,3	

Q: WIFO. – ¹⁾ Vorliegende WIFO-Prognose laut WIFO-Expertinnen und -Experten vom April 2020. – ²⁾ WIFO-Konjunkturszenario vom März 2020. – ³⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ⁴⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ⁵⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁶⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

⁴⁾ Die vorliegende Hauptvariante der Prognose wurde zum Redaktionsschluss 17. April 2020 abgeschlossen, um dem Bundesministerium für Finanzen an diesem Datum ausgewählte Ergebnisse vorab für interne

Berechnungen zur Verfügung zu stellen. Der starke Rückgang der Rohölpreise ab 20. April 2020 konnte daher in den Berechnungen der Hauptvariante nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur Abschätzung der Größenordnung des im Jahr 2020 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu erwartenden Wertschöpfungsverlustes wurde als Richtwert der geschätzte Konsumnachfragerückgang (Kapitel 4.3) herangezogen. Auf Grundlage der Input-Output-Systematik wurden im ersten Schritt Wertschöpfungsquoten bestimmt und

Sektorverflechtungen sowie Importanteile berücksichtigt, um nicht nur die unmittelbaren (direkten), sondern auch die indirekten Wertschöpfungseffekte zu berücksichtigen. Unter der Annahme eines entsprechenden Deflators wurde in einem zweiten Schritt der reale Wertschöpfungseffekt für die jeweiligen Sektoren berechnet.

Übersicht 3: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Hauptvariante

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,6	- 5,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4
Nominell	+ 3,0	+ 3,6	+ 1,9	+ 3,3	- 4,1	+ 4,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 2,9	+ 4,3	- 0,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,7
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	- 0,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,6	- 1,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	- 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,1	5,3	4,9	4,5	5,5	5,0	4,8	4,7	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,3	8,3	7,9	7,4	8,7	7,9	7,6	7,5	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,0	3,6	3,1	3,6	2,0	3,0	3,3	3,6	3,8
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition									
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,8	- 0,5	- 3,2	+ 0,7	- 7,4	- 3,3	- 2,3	- 1,7	- 1,2
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 2,3	- 0,9	- 2,7	- 0,8	- 5,6	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 1,2
WIFO-Methode ⁸⁾	- 2,1	- 0,7	- 2,1	- 0,4	- 4,9	- 2,1	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 1,7	- 0,8	- 2,1	- 0,8	- 2,4	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 1,2
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,6	- 0,6	- 1,5	- 0,4	- 1,7	- 2,1	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Staatsschuld	82,5	78,1	79,8	70,4	80,2	80,5	80,5	79,6	78,5
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	7,6	8,4	8,3	9,6	7,7	7,9	8,4	8,6
	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9
WIFO-Methode ⁸⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2
	Ø 2010 /2014	Ø 2015 /2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 0,8	+ 0,7	- 0,9	+ 2,7	- 3,2	- 0,5	- 0,4	- 0,2	± 0,0
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,1	+ 0,4	- 1,9	+ 2,0	- 4,4	- 2,2	- 1,4	- 0,8	- 0,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2019. – ⁸⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Der kräftigste Rückgang ist demnach im Jahr 2020 für den Bereich **Beherbergung und Gastronomie** zu erwarten: Die reale Wertschöpfung **schrumpft** auf Basis der aktuellen Berechnungen (Letztstand 21. April 2020) gegenüber dem Vorjahr **um 27,5%** (Übersicht 2). Die Nächtigungszahlen werden im Jahresverlauf das durchschnittliche Niveau der letzten Jahre nicht erreichen. Ausländische Gäste dürften bis zum Beginn der kommenden Wintersaison weitgehend ausbleiben. Wegen anhaltender (Flug-)Reisebeschränkungen sollte sich hingegen im Inlandstourismus bereits in den Sommermonaten eine Entspannung abzeichnen ("Urlaub zu Hause"). Zugleich wird auch die Zahl der Tagestouristinnen und -touristen erheblich niedriger sein als im Vorjahr, auch wenn mit

einer Lockerung der Bewegungsbeschränkungen und einer (teilweisen) Öffnung von Beherbergungsbetrieben Erholungssuchende zur Minimierung des Ansteckungsrisikos Tagesausflüge einem Aufenthalt mit Nächtigung in weiter entfernten Destinationen vorziehen dürften.

In der Gastronomie stammt rund die Hälfte der Umsätze aus dem Tourismus, die andere Hälfte wird durch Konsumation einheimischer Gäste "außer Haus" erwirtschaftet. Die Erholung sollte in diesem Bereich mit der angekündigten Öffnung ab Mitte Mai (abhängig von den Abstandsregeln und Hygienevorschriften) damit rascher als im Beherbergungswesen einsetzen und dessen Einbruch etwas entgegenwirken.

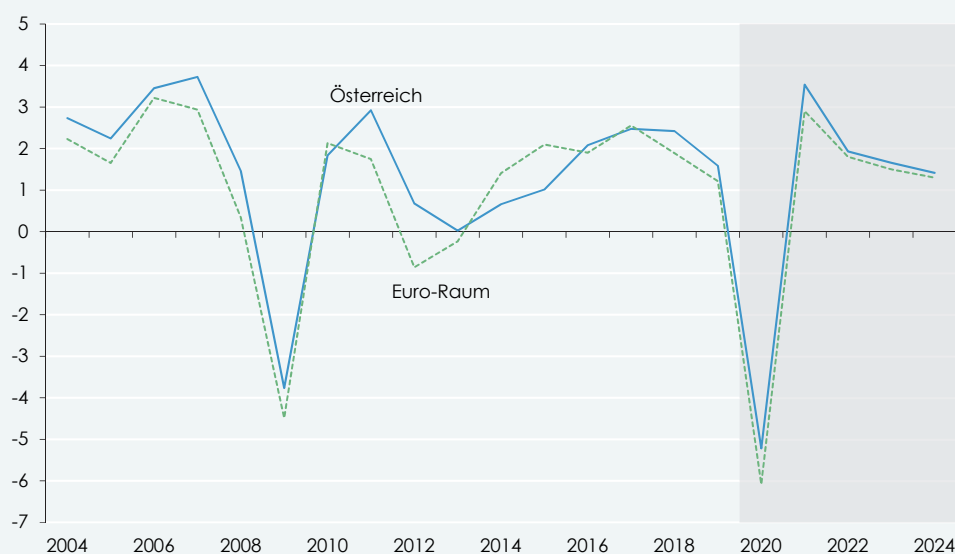
Übersicht 4: Komponenten der realen Nachfrage – Hauptvariante

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,4	- 2,9	+ 3,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
Staat	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 5,3	- 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7
Bruttoanlageinvestitionen									
Ausrüstungen ²⁾	+ 2,5	+ 4,7	- 0,2	+ 3,3	-11,6	+ 5,2	+ 3,0	+ 1,8	+ 1,4
Bauten	- 0,3	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,4	- 5,3	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,3
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,6	- 3,7	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3
Exporte	+ 4,7	+ 3,9	+ 1,0	+ 2,7	-12,0	+ 8,8	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,7
Importe	+ 4,4	+ 3,9	+ 1,0	+ 2,8	- 9,7	+ 6,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,6	- 5,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Abbildung 4: Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum

Reales BIP, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Bereiche **Unterhaltung und sonstige persönliche Dienstleistungen** verzeichnen 2020 den zweitstärksten Wertschöpfungsverlust (ÖNACE R bis U real **-25%**). Der Umsatz der Sport-, Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen brach durch Sperren, Absagen und Verschiebungen von Veranstaltungen ein. Diese Wirtschaftsbereiche werden vermutlich aufgrund der engen persönlichen Kontakte als letzte wieder ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen können (mit Abstands- oder Personenbeschränkungen). Sonstige persönliche Dienstleistungen dürfen ab Anfang Mai 2020 unter Einhaltung strikter Hygienemaßnahmen wieder angeboten werden. Im Unterhaltungsbereich dauert der Lockdown nach aktuellem Stand noch zumindest bis Ende Juni. Einzelne Bereiche, in denen Abstandsregeln nur schwer oder gar nicht umsetzbar sind (z. B. Fußballstadien, Rockkonzerte, Festivals), werden wohl bis zur Verfügbarkeit effektiver Medikamente oder einer Impfung gegen SARS-CoV-2 gar nicht oder nur unter sehr restriktiven Bedingungen geöffnet werden.

Im **Handel** stand die Zunahme der Ausgaben für Lebensmittel und sonstige Waren des täglichen Bedarfs dem scharfen Rückgang im Bereich halbdauerhafter und dauerhafter Konsumgüter (Bekleidung und Schuhe, Möbel sowie Kfz-Handel) gegenüber. Insgesamt wird die reale Wertschöpfung hier 2020 **um 5,5% geringer** sein als im Vorjahr.

Im Bereich **Verkehr** sind insbesondere die Personenbeförderung (Bahn, Nahverkehr, Taxi, Seilbahnen usw.) sowie die Luft- und Schifffahrt und angeschlossene Dienstleistungsbereiche stark betroffen. Im Flugverkehr wird die Wertschöpfung 2020 aufgrund der Erosion der Passagierzahlen auf den heimischen Flughäfen seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie am deutlichsten schrumpfen, und auch der Ausblick für den weiteren Jahresverlauf ist äußerst pessimistisch. Wegen seines geringen Wertschöpfungsanteils (weniger als 5% des Sektors Verkehr) schlägt dies aber nur gedämpft durch. In Summe wird unter den getroffenen Annahmen die Wertschöpfung 2020 im Bereich Verkehr **um 7,5% unter dem Vorjahresniveau** bleiben.

Die **produzierenden Bereiche** sind in Österreich **nicht von verordneten Betriebsschließungen betroffen**. Produktionseinschränkungen in der **Sachgütererzeugung** (die teilweise Betriebsschließungen erzwangen) waren anfangs auf den Mangel an Vorprodukten und Rohstoffen wegen der Unterbrechung der Lieferketten zurückzuführen (durch Engpässe bei Transportkapazitäten oder großräumige Abriegelung einzelner Regionen in China). Mittlerweile wiegt der Mangel an Aufträgen schwerer. 2020 wird die Wertschöpfung deshalb **um 9% geringer**

sein als im Vorjahr. In der **Bauwirtschaft und der Landwirtschaft** ist der Hauptgrund der Produktionsengpässe ein **Mangel an Arbeitskräften aus Ostmitteleuropa**. Trotz der enormen Zunahme der Arbeitslosigkeit scheinen diese Sektoren derzeit nicht ausreichend Personal zu finden.

4.2 Außenhandel und Investitionen

4.2.1 Außenwirtschaft

Die sich zu Jahresbeginn abzeichnende Erholung der Exporte brach wegen der COVID-19-Pandemie ab. Vor allem in der ersten Jahreshälfte 2020 geht die Ausfuhr massiv zurück. Lieferengpässe im Bereich importierter Vorprodukte, aber auch gesundheitspolitische Maßnahmen beeinträchtigen die inländische Produktion auf der Angebotsseite und beschränken damit die Warenexporte. Zugleich belastet der weltweite Nachfrageausfall die heimischen Exporte. Darüber hinaus erschweren **Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen** die Auslieferung der Exportgüter und die Dienstleistungsexporte, wobei letzteres vor allem den Tourismus betrifft. Insgesamt wird für das Jahr 2020 auf Basis unterschiedlicher Nächtigungsszenarien (Annahmen zur Entwicklung auf den wichtigen europäischen Zielmärkten Deutschland, Italien und Niederlande sowie den Auslandsmärkten in Asien) mit einem Rückgang der Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste im Inland von 27% bis 33% gerechnet, wobei für den Zeitraum von Mitte März bis Mitte Mai (Lockdown) von einem vollständigen Ausfall ausgegangen werden muss. Teilweise werden sich die Märkte bis zum Spätherbst 2020 erholen, mit Ausnahme des Städte- und Kongresstourismus (vor allem in Wien), der erheblich durch die (internationalen) Flugverkehrsbeschränkungen belastet wird.

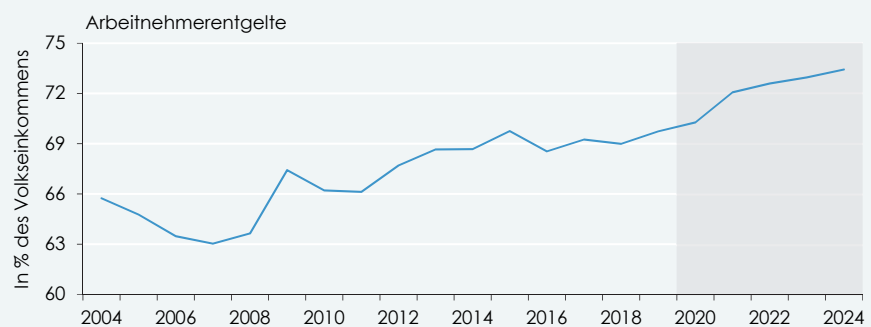
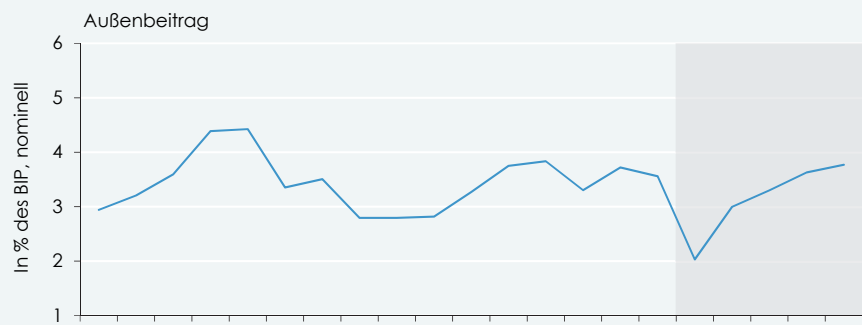
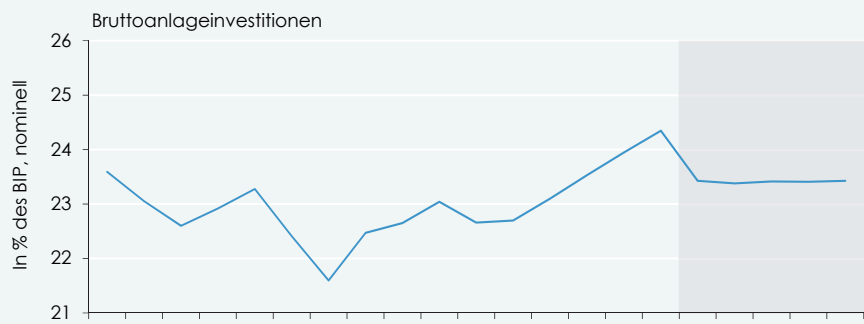
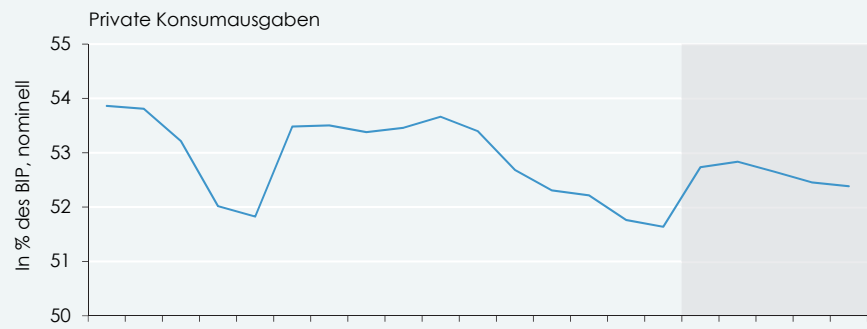
Die Warenexporte dürften sich bereits ab dem III. Quartal 2020 allmählich wieder beleben, wenn die Beschränkungen für den internationalen Handel abgebaut werden und die weltweite Nachfrage wieder in Gang kommt. 2021 dürften sich die Exporte von Waren und Dienstleistungen einschließlich des Reiseverkehrs wieder dynamischer entwickeln. Neben nachfrageseitigen Aufholeffekten, getrieben von der weltweiten Nachfragesteigerung, wird ein Abbau angebotsseitiger Hindernisse hohe Zuwächse der Exporte fördern.

2020 werden die **Exporte um 12% unter dem Vorjahresniveau** bleiben. Mit der Erholung der Weltwirtschaft sollte das Ausfuhrwachstum 2021 mit knapp 9% wieder kräftig ausfallen. Für den Zeitraum 2022 bis 2024 wird mit Exportsteigerungen von gut 3% pro Jahr gerechnet.

Produktionseinschränkungen in der Sachgütererzeugung waren anfangs auf die Unterbrechung der Lieferketten zurückzuführen. Mittlerweile wiegt der Mangel an Aufträgen schwerer.

Die Warenexporte könnten sich bereits ab dem III. Quartal 2020 wieder beleben, wenn die Beschränkungen für den internationalen Handel abgebaut werden und die weltweite Produktion und Nachfrage wieder in Gang kommen.

Abbildung 5: Nachfrage und Einkommen



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Weiträumige Störungen der internationalen Lieferketten und verschärfte Grenzkontrollen, Produktionsstilllegungen im In- und Ausland und fehlende Transportkapazitäten beeinträchtigen und verzögern den Güterverkehr. Die Reiseverkehrausgaben der österreichischen Bevölkerung im Ausland brachen mit dem Inkrafttreten der Reisebeschränkungen massiv ein. Die Unsicherheit darüber, welche Urlaubsdestinationen nach Lockerung der gesundheitspolitischen Maßnahmen als "sicher" angesehen werden und wie etwa die Verpflichtung zum Tragen von Mundschutzmasken und zum Abstandhalten das Urlaubsverhalten beeinträchtigt, belasten zusätzlich die Entwicklung der Reiseverkehrsimporte und dürfte über das Jahr 2020 hinaus wirken. Der Warenimport wird sich hingegen bereits im 2. Halbjahr 2020 im Einklang mit der erwarteten Exportentwicklung allmählich erholen, wenn die anfänglichen Probleme beim Hochfahren der Wirtschaftsaktivität abklingen. Das Anziehen der Inlandsnachfrage im Laufe des Jahres 2021 dürfte die Einfuhr insbesondere von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern beleben. Als Folge der Rezession wird das **Importvolumen 2020 um knapp 10% schrumpfen** und 2021 um 7% wachsen. Für die folgenden Jahre bis 2024 wird ein Importzuwachs von knapp unter 3% p. a. erwartet. Die Nettoexporte liefern damit einen positiven Wachstumsbeitrag, der jedoch wesentlich geringer ausfällt als in der Vergangenheit.

4.2.2 Investitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen werden 2020 vom massiven Wertschöpfungsrückgang am stärksten getroffen. Derzeit bestehen **angebotsseitige wie auch nachfrageseitige Investitionshemmnisse**. Die Unterbrechung der internationalen Wertschöpfungsketten beeinträchtigt die Investitionsgüterproduktion im In- und Ausland erheblich. Die Störung der Lieferketten oder Produktionsstopps belasten den Cash-Flow der Unternehmen. Der Ausfall von Aufträgen schwächt zudem die Ertragslage und die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen. Aufgrund der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Rezession werden bereits **geplante Investitionsprojekte im besten Fall lediglich aufgeschoben**. In diesem Umfeld wird 2020 ein **Rückgang der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen um 11½%** erwartet. Trotz einer Erholung der Wirtschaftsleistung 2021 steigen die Ausrüstungsinvestitionen vergleichsweise verhalten (+5¼%) und bleiben bis zum Ende des Prognosezeitraumes schwach (Übersicht 4).

Die **Bauinvestitionen** werden 2020 ebenfalls eingeschränkt, aber deutlich weniger als die Ausrüstungsinvestitionen. Die Einbußen betreffen alle Bausparten, vor allem aber Gewerbebauten. Mit dem kräftigen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen werden auch weniger zusätzliche Gebäude benötigt bzw.

werden Projekte zurückgestellt. Zugleich fehlen Arbeitskräfte und Baustoffe, vor allem wegen der Grenzsicherungen zu den ostmitteleuropäischen Nachbarländern. Die **öffentliche Baunachfrage sollte von der Rezession weniger betroffen** sein, da sie mittel- bis längerfristigen Investitionsplänen folgt. Die Nachfrage nach Wohnraum dürfte insbesondere in den Städten und stadtnahen Bereichen weiterhin groß sein, die Wohnbautätigkeit damit kaum verringert werden. Insgesamt wird 2020 mit einer **Abnahme der gesamten Bauinvestitionen um 5¼%** und einer Erholung 2021 auf knapp +4% gerechnet. Bis 2024 wird ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs der Bauinvestitionen um 1½% erwartet.

4.3 Privater Konsum

Der private Konsum hat aufgrund seines hohen Nachfrageanteils (gut die Hälfte des BIP) üblicherweise eine konjunkturstabilisierende Rolle: In Schwächephasen stützt er die Nachfrage, in Hochphasen dämpft ein stabiles Konsumverhalten eine gewisse Überhitzung.

Die Auswirkungen auf den privaten Konsum durch die COVID-19-Rezession entsprechen jedoch nicht diesem Schema. Der negative Angebotsschock (temporäre Schließung der meisten Handels- und Dienstleistungsbetriebe) verringerte auch die Konsummöglichkeiten erheblich und induzierte einen **negativen Konsumnachfrageschock**. Die Ausgaben der privaten Haushalte sinken dadurch 2020 kräftig (vor allem im II. Quartal; 2020 real -2,9%). Aufgrund der unterstellten schrittweisen Aufhebung der meisten Betriebsschließungen zwischen Mitte April und Ende Juni sollte sich ab dem III. Quartal 2020 eine Erholung einstellen. 2021 ermöglicht dies (nicht zuletzt durch Basiseffekte) einen kräftigen Konsumzuwachs um 3,1%. In den weiteren Prognosejahren wird die Konsumdynamik wieder von der Entwicklung des verfügbaren Haushaltseinkommens bestimmt; das WIFO rechnet mit einem durchschnittlichen jährlichen realen Konsumzuwachs von rund 1½%. Die Kurzarbeitsbeihilfe trägt zu einer Stabilisierung der Einkommen im Jahr 2020 bei, sodass wegen des erzwungenen Konsumverzichts bzw. der Konsumzurückhaltung aus dem Vorsichtsmotiv die Sparneigung deutlich zunimmt. Die Sparquote steigt deshalb im Jahr 2020 deutlich auf 9,6% (2019: 8,3%) und sinkt 2021 infolge von Nachholeffekten im Konsum auf 7,7%; bis 2024 wird ein Anstieg der Sparquote auf 8,6% erwartet.

Zur Bestimmung der Größenordnung des Konsumausfalls im Jahr 2020 wurde ein detailliertes monatliches Konsumprofil erstellt. Es basiert auf mehr als hundert COICOP-Viersteller-Positionen, welche anhand der Konsumgüterarten (nichtdauerhafte, halbdauerhafte und dauerhafte Konsumgüter sowie

2020 wird ein Rückgang der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen um 11½% erwartet. Trotz einer Erholung der Wirtschaftsleistung steigen die Ausrüstungsinvestitionen 2021 vergleichsweise verhalten und bleiben bis zum Ende des Prognosezeitraumes schwach.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben den größten Konsumentfall seit Jahrzehnten zur Folge. Betroffen sind vor allem Dienstleistungen und langlebige Konsumgüter. Die Ausgaben für Waren des täglichen Bedarfs steigen hingegen.

Die Sparquote erhöht sich im Jahr 2020 deutlich auf 9,6% (+1,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Dienstleistungen) gruppiert wurden. Diese Herangehensweise erlaubt nicht nur eine feingliedrige Zuweisung der unterschiedlichen Betroffenheit der Branchen vom Lockdown zu den relevanten Konsumpositionen, sondern auch die Festlegung unterschiedlicher Zeitpfade auf Basis der schrittweisen Lockerungsmaßnahmen. Dieses **COVID-19-Konsumprofil** wurde in einem nächsten Schritt einem Baseline-Konsumpfad gegenübergestellt. Die Abweichung zwischen den beiden Pfaden gibt Aufschluss über den Konsumausfall.

Darüber hinaus entfallen Ausgaben für halbdauerhafte (Bekleidung und Schuhe) und dauerhafte Konsumgüter (Pkw und Möbel) in der Lockdown-Phase, die aber in der zweiten Jahreshälfte 2020 oder im Jahr 2021 nachgeholt werden könnten.

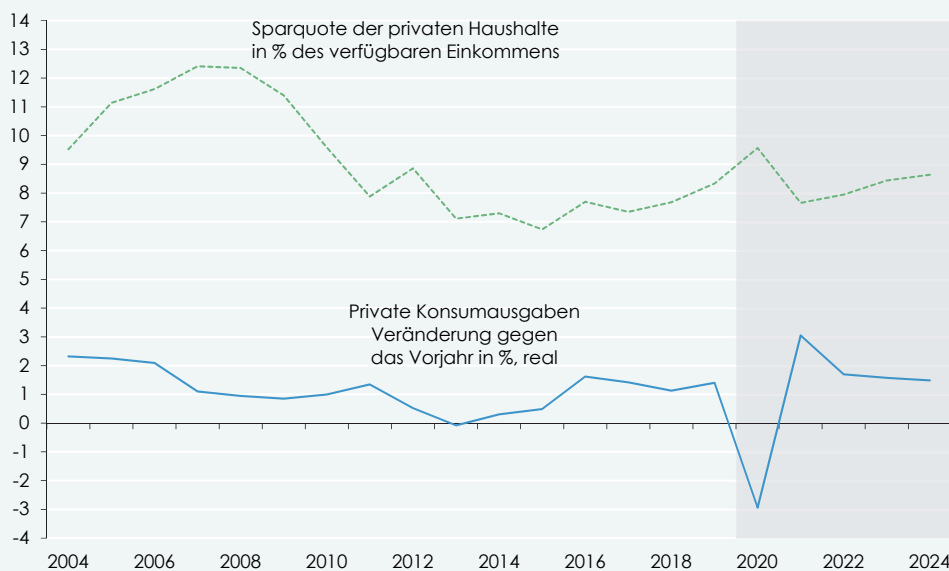
Die Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter (Güter des täglichen Bedarfs) – sie machen rund ein Viertel der Gesamtausgaben aus – werden 2020 insgesamt (teilweise deutlich) höher sein als im Vorjahr (Nahrungsmittel). Der Lebensmittelhandel ist, da systemrelevant, nicht vom Lockdown betroffen, und die Ausgangsbeschränkungen machen es notwendig, sich fast zur Gänze zu Hause zu verpflegen.

Insgesamt ergibt sich aus dem Vergleich mit dem Basisszenario ein **Nachfrageausfall im Inländerkonsum von nominell 10,5 Mrd. €**. Mehr als vier Fünftel davon entfallen auf den Inländerkonsum im Inland.

Ein Großteil des Konsumausfalls im Bereich der Dienstleistungen kann nicht nachgeholt werden.

Auf Dienstleistungen entfällt rund die Hälfte der privaten Konsumausgaben. Sie sind besonders und teilweise noch lange vom Lockdown betroffen (Reisebeschränkungen). Somit entfallen Ausgaben für Tourismus, Gastronomie, Verkehrsdienstleistungen und Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Nachholeffekte sind hier nur in einem geringen Ausmaß möglich. Dem stehen Ausgaben gegenüber, die weiterhin getätigt werden müssen (Miete, Betriebskosten), oder Bereiche, für die mehr aufgewandt wird (Gesundheit).

Abbildung 6: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Wirkung der Krise ähnelt der eines scharfen Konjunkturerinbruchs, in dem die wichtigsten Produktionsfaktoren – Arbeit und Kapital – per Verordnung unterausgelastet bleiben.

4.4 Trendoutput und Outputlücke

Eine mittelfristige Prognose beschreibt den Übergang von rezenten Konjunkturschwankungen zum langfristigen Wachstumspfad. Dieser wird überwiegend von der demographischen Entwicklung, Strukturfaktoren auf dem Arbeitsmarkt, der Investitionstätigkeit und dem technischen Fortschritt bestimmt. Der aktuelle Einbruch geht nicht auf den durch Schwankungen der aggregierten Nachfrage verursachten Konjunkturzyklus

zurück. Die unmittelbaren Auswirkungen der COVID-19-Rezession sind **vor allem auf der Angebotsseite** zu sehen. Jedoch ähnelt die Wirkung der Krise einem scharfen Konjunkturerinbruch, in dem die wichtigsten Produktionsfaktoren – Arbeit und Kapital – per Verordnung unterausgelastet bleiben.

Die **langfristigen Folgen** der gegenwärtigen Krise **hängen maßgeblich von der Dauer der Produktionseinschränkungen ab**. Dabei spielen insbesondere die Geschwindigkeit der

Erholung auf dem Arbeitsmarkt, die Liquiditätsausstattung der Unternehmen und die Wirksamkeit der fiskalischen Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen der Rezession eine Rolle. Mit steigender Dauer der Krise ist sowohl mit zunehmenden Humankapitalverlusten (Dequalifikation) als auch mit einer deutlichen Schwächung der Eigenfinanzierungskraft von Unternehmen zu rechnen. Diese Entwicklungen könnten mittelfristig die Innovations- und Investitionstätigkeit und folglich Produktivitätsfortschritte und Kapitalakkumulation eindämmen, also jene Faktoren, die für das Trendwachstum einer Volkswirtschaft entscheidend sind.

Der Trendoutput⁵⁾ wird im Ansatz der Europäischen Kommission als Trend verstanden, um den das reale BIP im Laufe eines Konjunkturzyklus schwankt. Die Outputlücke – als relative Abweichung des realen BIP vom Trendoutput – beschreibt dabei den gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad; eine negative Outputlücke deutet auf eine Unterlastung hin.

Die Europäische Kommission schätzt den **Trendoutput** mit Hilfe eines Produktionsfunktionsansatzes, in dem das Arbeitsvolumen und die Produktivität (TFP) um Konjunkturschwankungen bereinigt werden (Havik et al., 2014). Mittelfristig geht die Methode von einer Schließung der Outputlücke am Ende des Prognosehorizonts (2020/2024) und

einer Annäherung der Arbeitslosenquote an die NAWRU aus. Die NAWRU (non-accelerating wage rate of unemployment) wird durch Strukturfragen und anhaltende Konjunkturfälle bestimmt und ist jene gleichgewichtige Arbeitslosenquote, die mit einer konstanten Lohninflation vereinbar ist (Hristov et al., 2017). Basierend auf historischen Daten bis 2019 wird für die Jahre 2020/2024 mittels einer ökonomischen Schätzung des Produktivitätstrends und einer Annahme über den Verlauf der NAWRU der Trendoutput prognostiziert.

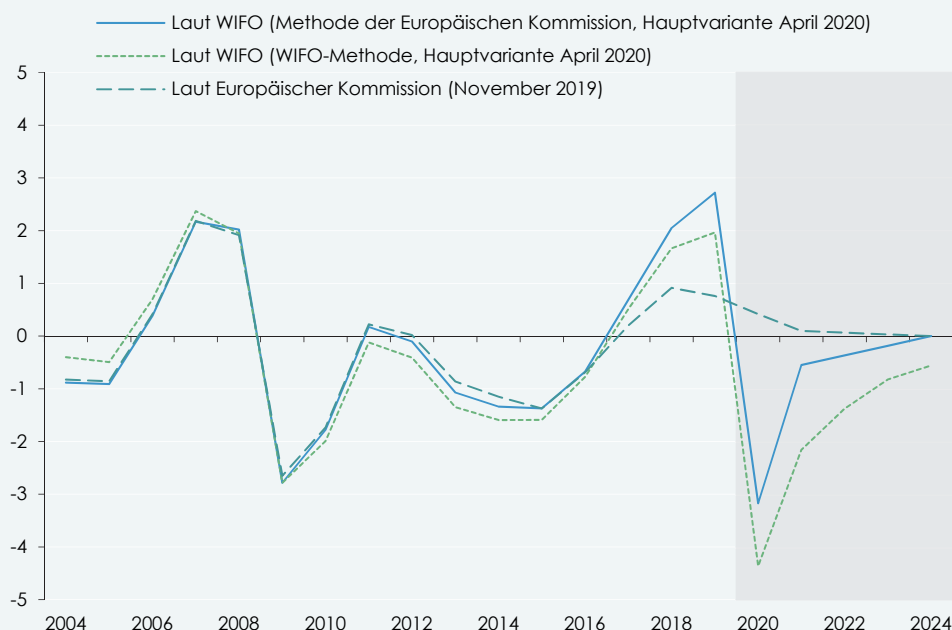
Als Folge der COVID-19-Rezession wird die österreichische Wirtschaft auch mittelfristig schwächer wachsen. So rechnete das WIFO in seiner mittelfristigen Prognose vom Jänner 2020 mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung des realen BIP 2022/2024 von 1,3% p. a. In der aktuellen Einschätzung geht das WIFO von einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 0,6% aus. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung wird bis zum Ende der Fünfjahresperiode nicht ausgeglichen (Abbildung 1), sodass das reale BIP in Österreich 2024 um 3,5% geringer ausfallen wird als im Jänner erwartet. Damit werden die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise noch lange nachwirken. Der Einbruch in der Dynamik der Wirtschaftsleistung spiegelt sich auch in der Wachstumsrate des Trendoutputs.

Mit steigender Dauer der Krise ist sowohl mit zunehmenden Humankapitalverlusten (Dequalifikation) als auch mit einer deutlichen Schwächung der Eigenfinanzierungskraft von Unternehmen zu rechnen.

Als Folge der COVID-19-Rezession wird die österreichische Wirtschaft auch mittelfristig schwächer wachsen. Das Niveau des realen BIP wird deshalb in Österreich 2024 um 3,5% geringer ausfallen als in der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Jänner 2020 erwartet.

Abbildung 7: **Outputlücke**

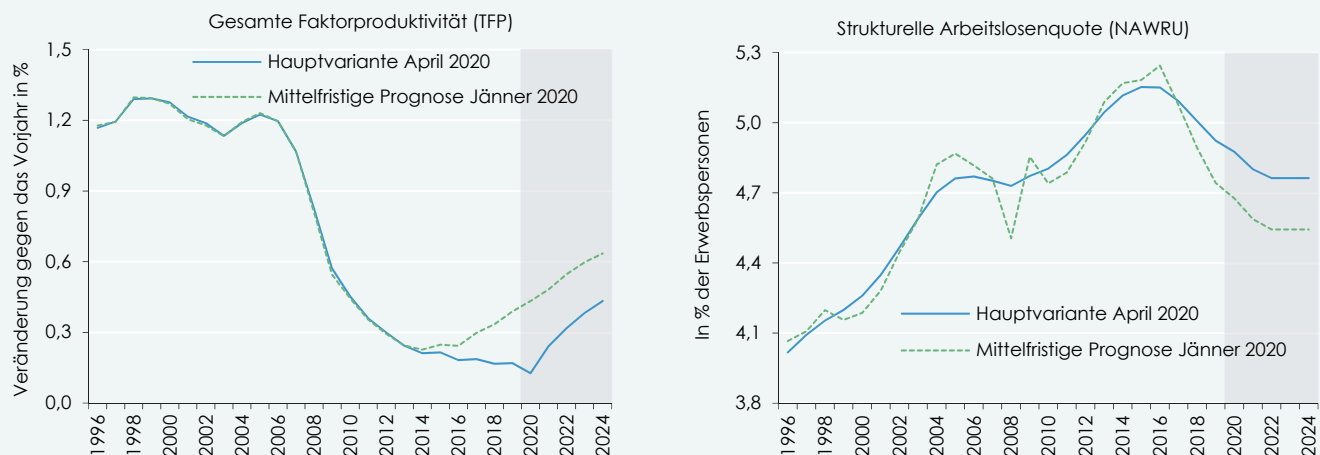
Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

⁵⁾ In der Terminologie der Europäischen Kommission ist das der Potentialoutput.

Abbildung 8: WIFO-Prognosen zur Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität (TFP) laut Methode der Europäischen Kommission und zur strukturellen Arbeitslosenquote (NAWRU)



Q: WIFO-Berechnungen.

Übersicht 5: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs – Hauptvariante

		Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Methode der Europäischen Kommission¹⁾										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,2	+ 1,6	- 5,2	+ 3,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,8	+ 0,7	- 0,9	+ 2,7	- 3,2	- 0,5	- 0,4	- 0,2	± 0,0
WIFO-Methode²⁾										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,6	- 5,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 1,1	+ 0,4	- 1,9	+ 2,0	- 4,4	- 2,2	- 1,4	- 0,8	- 0,6
Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2019)										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,7	- 0,0	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2019. – ²⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Gemäß der Berechnungsmethode der Europäischen Kommission beträgt das Trendwachstum in den Jahren 2020 bis 2024 0,8% p. a. Es liegt damit um 0,8 Prozentpunkte unter der Einschätzung vom Jänner 2020 und um 0,3 Prozentpunkte unter jenem der vorangegangenen fünf Jahre (2015/2019 +1,1% p. a.). Diese Revision ist vor allem auf eine pessimistischere Einschätzung der Produktivitätsentwicklung und eine deutlich höhere NAWRU zurückzuführen (Abbildung 8).

Der Konjunkturverlauf 2018/19 wird vor diesem Hintergrund deutlich günstiger eingeschätzt: Die Jahre vor der aktuellen Krise waren durch eine Hochkonjunktur geprägt. Laut der Methode der Europäischen Kommission wird sich die Outputlücke ausgehend von -3,2% des Trendoutputs im Jahr 2020 bis 2024 annahmegemäß schließen (Abbildung 7). Eine Zerlegung des Trendwachstums zeigt etwa gleich große Beiträge des Produktivitätswachstums und der

Kapitalakkumulation (Übersicht 5). Der Beitrag des Faktors Arbeit ist in der aktuellen Schätzung auf Null gesunken, nachdem die Beiträge aller drei Produktionsfaktoren in der Schätzung vom Jänner 2020 beinahe ausgeglichen gewesen waren.

Wie ein Vergleich gängiger Methoden zur Berechnung des Trendoutputs zeigt, erzeugt der Produktionsfunktionsansatz oftmals zu volatile und prozyklische Trend-Schätzungen. Wenn die Prozyklizität hoch ist, sind Schwankungen des Trendoutputs eng mit jenen des realen BIP verbunden, wodurch die Outputlücke und der Budgetspielraum tendenziell unterschätzt werden (Cotis – Elmeskov – Mourougane, 2005, Maidorn, 2018, EU IFIs, 2018). Das WIFO legt zum Vergleich eine **alternative Schätzung der Outputlücke** vor. Diese Variante glättet die Erwerbsquote und die Arbeitsstunden pro Kopf stärker. Als Ergebnis sollten der Trendoutput weniger und die Outputlücke stärker schwanken. Zusätzlich unterstellt die alternative WIFO-Trendoutput-Schätzung als Folge der COVID-19-Rezession weder ein nachhaltig niedrigeres Wachstum der gesamten Faktorproduktivität noch einen dauerhaften Anstieg der NAWRU, d. h. sie geht davon aus, dass die Politikmaßnahmen zur Abfederung des Beschäftigungsrückganges und der Liquiditätsengpässe der Unternehmen greifen. Weiters wird in dieser Variante die Schließung der Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes nicht erzwungen. Sie ergibt sich endogen aus der Prognose für das reale BIP und den Trendoutput und zeigt den Konjunkturverlauf bis 2024. Gegenwärtig liefern die Methode der Europäischen Kommission und die WIFO-Variante stärker abweichende Ergebnisse: Während das Trendwachstum laut WIFO-Methode durch die COVID-19-Rezession nur leicht zurückgeht, bricht es nach der Methode der Kommission ein. Laut WIFO-Variante erreicht das durchschnittliche jährliche Wachstum des Trendoutputs 2020/2024 1,1%. Im Jahr 2020 beträgt die Outputlücke -4,4% des Trendoutputs (laut Methode der Kommission -3,2%).

4.5 Arbeitsmarkt

Die aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung **der COVID-19-Pandemie** haben international und in Österreich **enorme Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt**. Die verhängten Angebotsbeschränkungen beeinträchtigen einerseits die Produktionsmöglichkeiten und ziehen andererseits Nachfrageausfälle nach sich. Die unmittelbare starke Reaktion auf dem Arbeitsmarkt prägt auch die mittelfristige Arbeitsmarktentwicklung. Derzeit zeigt sie sich in einem beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Beschäftigungsrückgang und einer massiven Inanspruchnahme von Kurzarbeit. Ende März stieg die Zahl der beim AMS registrierten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um beinahe 200.000, die aktive unselbständige

Beschäftigung sank um rund 182.000. Das Ausmaß dieser Reaktion alleine lässt befürchten, dass – auch im Falle einer raschen Rücknahme der gesundheitspolitischen Restriktionen zur Bekämpfung der Pandemie – die wirtschaftlichen Folgen und damit auch die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt noch länger spürbar sein werden.

Massiv sind die Auswirkungen vor allem in jenen Wirtschaftsbereichen, die unmittelbar von Schließungen betroffen sind und in denen Stabilisierungsmaßnahmen, insbesondere die Kurzarbeit, aufgrund (saisonal) stark fluktuierender Beschäftigung kaum in Anspruch genommen werden. Das betrifft besonders das Beherbergungs- und Gaststättenwesen und die Arbeitskräfteüberlassung: Die Hälfte des Beschäftigungsrückganges im März 2020 entfiel auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (-90.760 bzw. -41,2%).

In anderen Wirtschaftsbereichen greift dagegen das Kurzarbeitsmodell stärker und wirkt beschäftigungsstabilisierend. Im Handel etwa betrug der Beschäftigungsrückgang trotz der Betriebssperren im Bereich der nicht versorgungskritischen Güter nur 1,8% (-9.950 Beschäftigungsverhältnisse). Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat eine ähnliche Struktur wie der Rückgang der Beschäftigung: Knapp ein Drittel des Anstieges im März 2020 entfiel allein auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (+61.110 Arbeitslose).

Um in dieser Phase hoher Unsicherheit eine plausible Einschätzung der weiteren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erstellen zu können, wurden auf Basis erster Daten folgende Annahmen zur Arbeitsmarktreaktion auf das Wachstumsszenario getroffen:

- Das Arbeitsvolumen entwickelt sich in der Krisenphase 2020 und im Jahr 2021 parallel zum Wirtschaftswachstum, d. h. die Stundenproduktivität bleibt etwa gleich.
- Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit einer Arbeitskraft sinkt jedoch deutlich; diese Entwicklung wird erheblich von der Kurzarbeit bestimmt, aber auch von der Arbeitszeitverringerung in Form von Überstunden-, Urlaubs- oder Zeitguthabenabbau.
- Kurzarbeit und andere Formen der Arbeitszeitverkürzung dämpfen die Beschäftigungseinbußen. Dadurch sinkt die Beschäftigung 2020 schwächer als die Wirtschaftsleistung. 2021 ist hingegen ein umgekehrter Effekt zu beobachten: Zuvor Kurzarbeitende weiten ihre geleistete Arbeitszeit wieder aus, das Wirtschaftswachstum schlägt sich nicht voll in einer Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse nieder.
- Die Arbeitslosigkeit steigt infolge des Beschäftigungsabbaus und der Verschlechterung der Abgangschancen aus Arbeitslosigkeit. Die Inanspruchnahme der

Die alternative WIFO-Schätzung des Trendoutputs geht davon aus, dass die Politikmaßnahmen zur Abfederung des Beschäftigungsrückganges und der Liquiditätsengpässe der Unternehmen greifen und sich die Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes nicht zwingend schließt.

Die COVID-19-Rezession bewirkt einen beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Beschäftigungsrückgang wird durch eine massive Inanspruchnahme der Kurzarbeit abgedeckt. Alleine das Ausmaß dieser Reaktion lässt befürchten, dass die Folgen auf dem Arbeitsmarkt noch länger spürbar sein werden.

Die Hälfte des Beschäftigungsrückganges und knapp ein Drittel des Anstieges der Arbeitslosigkeit im März 2020 entfielen auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen.

Kurzarbeit und damit die dämpfende Wirkung auf die Beschäftigungsverluste und den Anstieg der Arbeitslosigkeit

fallen jedoch nach Branchen sehr unterschiedlich aus.

COVID-19-Kurzarbeit – Berechnung der Auswirkungen und der Kosten

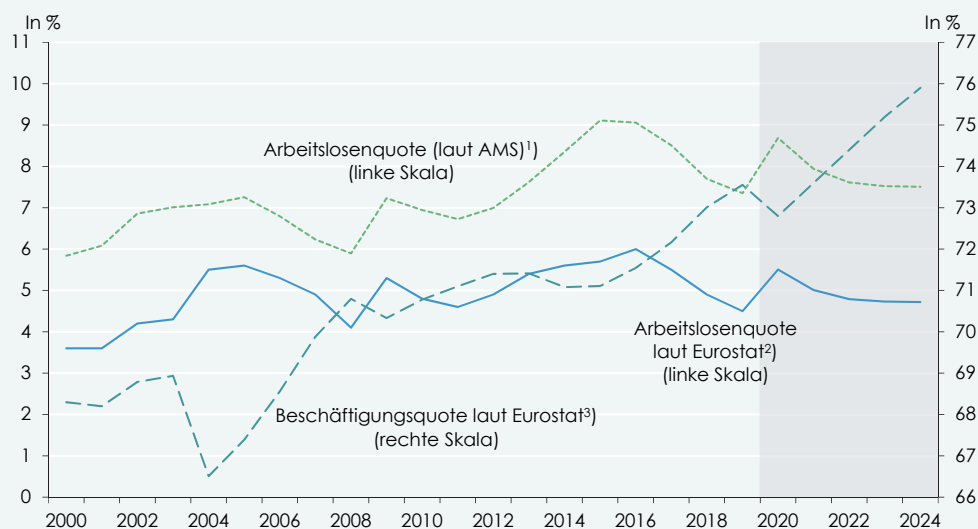
Ausgangspunkt für die Schätzung der Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit ist der Beschäftigungsstand nach Sektoren Ende Februar 2020, unmittelbar vor dem Lockdown der Wirtschaft. Auf Basis der Anmeldezahlen zur Kurzarbeit wurde pro Branche (NACE-Abschnitt) der Anteil der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten geschätzt. Generell wurde eine Inanspruchnahme von 3 Monaten unterstellt, für die Herstellung von Waren (ÖNACE C) aber 4,5 Monate und für die Branche Kunst, Unterhaltung und Erholung (ÖNACE R) 6 Monate. Die angenommene Arbeitszeitverringerung beträgt im Durchschnitt über alle Branchen knapp 50%.

Auf diese Weise wurde eine Zahl an Kurzarbeitsfällen von gut 700.000 ermittelt. Aufgrund der Annahmen zur Arbeitszeitverringerung und Dauer der Inanspruchnahme ergeben sich 88.000 Jahresäquivalente mit einer Arbeitszeit von Null; das entspricht 2,4% der Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2019.

Zur Ermittlung der Kosten der Kurzarbeit wurde die Höhe der COVID-19-Kurzarbeitsbeihilfe¹⁾ unter Berücksichtigung der unterstellten Arbeitszeitverringerung und des durchschnittlichen Branchenlohnes mit der Zahl der Kurzarbeitsfälle je Branche und der Dauer der Inanspruchnahme multipliziert. Die Kosten des Einsatzes der COVID-19-Kurzarbeit werden für 2020 auf 4,6 Mrd. € geschätzt.

¹⁾ Gemäß dem AMS-Kurzarbeitsrechner: <https://www.ams.at/unternehmen/personalsicherung-und-fruehwarnsystem/kurzarbeit/rechner-fuer-kurzarbeit>.

Abbildung 9: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ²⁾ In % der Erwerbspersonen laut Labour Force Survey. – ³⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), laut Labour Force Survey.

Für 2020 erwartet das WIFO einen Rückgang der aktiven Beschäftigung um 1,7%. 2021 wird die Beschäftigtenzahl bei einem BIP-Wachstum von 3,5% um 1,4% steigen. Die Arbeitslosenquote erhöht sich 2020 auf 8,7% und sinkt 2021 auf 7,9%.

Da die Arbeitskräfte nach dem Ende der COVID-19-Kurzarbeit 2021 wieder ausgelastet werden, sind keine Produktivitätsgewinne zu erwarten.

Entsprechend der Annahmen zur Arbeitsmarktreaktion wird für 2020 ein **Rückgang der aktiven Beschäftigung** von 1,7% erwartet. Gemildert wird er durch die massive Inanspruchnahme der Kurzarbeit, die – umgerechnet auf ein volles Jahr (siehe Kasten "COVID-19-Kurzarbeit – Berechnung der Auswirkungen und der Kosten") – Ausfallzeiten von 88.000 Beschäftigungsverhältnissen abdecken könnte. Die **Arbeitslosenquote** erhöht sich in der Folge von 7,4% im Jahr 2019 auf 8,7% im Jahr 2020.

2021 wird, bei einem BIP-Wachstum von 3,5%, die aktive Beschäftigung um 1,4% steigen. Die Beschäftigungsdynamik ist damit geringer als die der Wertschöpfung, weil jene 88.000 Jahresäquivalente, die 2020 in Kurzarbeit waren, wieder ausgelastet werden. Insofern sind auch 2021 keine Produktivitätsgewinne (gemessen an der Stundenproduktivität) zu erwarten. Die Arbeitslosenquote wird auf 7,9% sinken.

Bis zum 19. April 2020 gingen beim AMS gut 80.000 Anträge auf Kurzarbeit ein. Bewilligt wurden bis zu diesem Zeitpunkt gut die Hälfte der Anträge (44.000) mit Kurzarbeitsbeihilfen für 608.000 unselbständig Beschäftigte. Angesichts der großen Zahl noch unerledigter Anträge dürften wesentlich mehr Arbeitskräfte von Kurzarbeit betroffen sein. Allerdings kann das beantragte vom abgerechneten Ausmaß des Arbeitsausfalls erheblich abweichen, da die Kurzarbeitsbeihilfe im Nachhinein – jeweils nach Vorliegen der tatsächlichen Arbeitszeitverringerung – abgerechnet wird.

Die intensive Nutzung der COVID-19-Kurzarbeit verringert die Zahl der Kündigungen und bremst den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Mittels **Arbeitszeitanpassung** – nicht nur im Rahmen von Kurzarbeit, sondern auch durch

die Einschränkung von Überstunden oder den Abbau von Zeit- und Urlaubsguthaben – kann verhindert werden, dass der Rückgang des geleisteten Arbeitsvolumens voll auf die Zahl der Beschäftigten durchschlägt, wie dies bereits in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 gelang. Doch auch wenn die Wirtschaft rasch wieder in Schwung kommt, könnten besonders Arbeitslose mit geringeren Wiederbeschäftigungschancen länger in Arbeitslosigkeit verbleiben. Insofern wird bis 2024 die Zahl der Arbeitslosen über dem Niveau von 2019 liegen. Die Arbeitslosenquote geht von 8,7% im Jahr 2020 bis 2024 auf 7,5% zurück. Die Entwicklung der aktiven unselbständigen Beschäftigung nähert sich nach den krisenbedingten Ausschlägen einem mittelfristigen Wachstumspfad von etwas über +1% (2022 +1,3%, 2023 +1,2%, 2024 +1,1%).

Dank der Arbeitszeitanpassung durch die intensive Nutzung der COVID-19-Kurzarbeit, schlägt der Rückgang des geleisteten Arbeitsvolumens nicht voll auf die Beschäftigung durch. Diese nähert sich nach den krisenbedingten Ausschlägen einem mittelfristigen Wachstumspfad von etwas über +1%.

Übersicht 6: Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,1	5,3	4,9	4,5	5,5	5,0	4,8	4,7	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	7,3	8,3	7,9	7,4	8,7	7,9	7,6	7,5	7,5
	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,6	- 1,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	- 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Selbständige ⁵⁾	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,4	- 1,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
Arbeitslose	+ 4,2	- 1,2	+ 1,1	- 3,5	+ 17,7	- 8,1	- 3,2	- 0,1	+ 0,8
Produktivität ⁶⁾	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	- 3,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5
Lohn- und Gehaltssumme ⁷⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 2,9	+ 4,3	- 0,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,7
Pro Kopf, real ⁸⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	- 0,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁸⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

4.6 Löhne und Preise

4.6.1 Preisentwicklung

Der **Preisanstieg** (gemäß Verbraucherpreisindex) fällt mit 0,9% im Jahr 2020 wesentlich geringer aus als im WIFO-Konjunkturszenario von Ende März unterstellt (+1,3%), vor allem weil inzwischen der beträchtliche Rückgang der Rohölpreise (Sorte Brent) unmittelbar auf die Endverbraucherpreise von Mineralölprodukten durchschlägt⁶⁾. Diese Verbilligung ist durch den Ausfall an Energienachfrage (vor

allem nach Rohöl bzw. verarbeiteten Mineralölprodukten) durch die tiefe COVID-19-Rezession verursacht.

Nachdem sich die erdölfördernden Länder Anfang März nicht auf eine Beschränkung der Förderquoten geeinigt hatten und daraufhin Saudi-Arabien eine Ausweitung seiner Fördermengen ab Mai angekündigt hatte, sank der Rohölpreis bis Ende März auf zeitweise unter 20 \$ je Barrel.

Der Preisanstieg fällt 2020 mit 0,9% wesentlich geringer aus als bisher erwartet, vor allem der beträchtliche Rückgang der Rohölpreise dämpft die Teuerungsrate.

⁶⁾ Aufgrund der Ausgangsbeschränkungen und des Lockdown verbrauchen die privaten Haushalte im Berufsverkehr (Homeoffice, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit)

und auch im Freizeitverkehr weniger Treibstoff. Da das Gewicht in der gemessenen Preisentwicklung konstant bleibt, wird der Preisrückgang im VPI überschätzt.

Die weltweite Rezession lässt die Rohölnachfrage sinken und setzt die Rohölpreise erheblich unter Druck.

Die Nahrungsmittelpreise werden wegen eines geringeren Angebotes und höherer Nachfrage wahrscheinlich steigen, während der Lockdown im Handel mit Saisonprodukten und im Tourismus deutliche Preissenkungen zur Folge haben dürfte.

Die Pro-Kopf-Löhne werden 2020 aufgrund der geringeren geleisteten Arbeitszeit wesentlich schwächer zunehmen, als in den Lohnrunden 2019 ausverhandelt wurde. Wegen der negativen Effekte der Krise auf die bevorstehenden Lohnrunden wird für 2021 ein nur mäßiger Lohnanstieg erwartet.

Die Ankündigung der Präsidenten Trump und Putin, sich für eine deutliche Einschränkung der Fördermengen einzusetzen, führte schließlich zu einer Einigung innerhalb der OPEC+-Gruppe auf eine **Senkung der täglichen Rohölfördermenge um 10 Mio. Barrel** – die größte jemals beschlossene Fördereinschränkung. Dies stabilisierte die Rohölpreise aber nur kurzfristig. Die sich weiter vertiefende weltweite Rezession lässt die Rohölnachfrage sinken und setzt die Preise weiter unter Druck. Die **weltweite Überproduktion an Rohöl wird derzeit auf 20 bis 30 Mio. Barrel pro Tag geschätzt**. Da die Lagerkapazitäten bereits ausgeschöpft sind, dürften die Rohölpreise bis zur Überwindung der COVID-19-Rezession nachhaltig niedrig bleiben.

Dieser Prognose liegen Daten mit Informationsstand bis 16. April 2020 zugrunde. In der Hauptvariante bewegt sich (auf Basis der Futures-Kontrakte) der Preis der Sorte Brent bis Juni zwischen 25 \$ und 30 \$ je Barrel, der Rohölpreis steigt mit der einsetzenden Erholung der Wirtschaft bis zum Jahresende leicht auf rund 40 \$.

Direkte COVID-19-Preiseffekte betreffen in erster Linie **Nahrungsmittel** – hier sind **Preiserhöhungen** sehr wahrscheinlich – und **Saisonprodukte**, die wegen des Lockdown derzeit nicht verkauft werden können, sowie den **Tourismus** (vor allem Hotelzimmer). **Größere Rabatte im Sommerschlussverkauf** und **deutliche Abschläge auf die Zimmerpreise** dürften die Folge sein: Im Bekleidungs- und Schuhhandel muss Platz für die Herbst- und Winterkollektion geschaffen werden, im Tourismus werden die Preise angesichts freier Bettenkapazitäten im Sommer wesentlich sinken, nicht zuletzt um vermehrt heimische Urlauberinnen und Urlauber anzuziehen.

In der **Lebensmittelerzeugung** (vor allem Frischgemüse, Obst und Fleischverarbeitung) gehen mit der Einschränkung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs zumindest bis Juni nicht nur in Österreich, sondern auch in Italien, Deutschland und den Niederlanden Arbeitskräfteknappheit und damit Produktionsseinbußen einher. Dieser Angebotsrückgang wirkt tendenziell preiserhöhend. Zugleich steigt der Haushaltsverbrauch wegen Homeoffice und Ausgangsbeschränkungen; dies und die Zunahme der Lagerhaltung erhöhen die Nachfrage, was ebenfalls preisstärkend wirkt.

Insgesamt wird für 2020 mit einer **Inflationsrate von 0,9%** gerechnet. Nicht zuletzt wegen der Spätfolgen der Rezession 2020 wird der Preisauftrieb in den folgenden Jahren durchschnittlich 1,3% p. a. betragen. Von der Lohnseite wird kein Inflationsdruck erwartet.

4.6.2 Lohnentwicklung

Die massiven Auswirkungen der Krise auf die wirtschaftliche Aktivität und den Arbeitsmarkt dämpfen auch den Anstieg der Löhne und Gehälter 2020 und in den kommenden Jahren. In den Lohnrunden im Herbst 2019 und den folgenden Monaten wurden überwiegend Abschlüsse in einer Bandbreite von +2,3% bis +2,8% erzielt. Der Tariflohnindex stieg in den ersten drei Monaten 2020 gegenüber dem Vorjahr um etwa 2,6%.

Die Pro-Kopf-Löhne werden 2020 jedoch mit nominell +0,9% voraussichtlich deutlich schwächer steigen. Nach Berücksichtigung der Inflation entspricht dies einer Stagnation der Pro-Kopf-Reallohne. Diese Entwicklung geht auf die starke Abnahme der geleisteten Arbeitszeit zurück (-7,3%; Kurzarbeit, Verringerung von Mehr- und Überstunden) und betrifft fast ausschließlich den privaten Sektor. Im Gegensatz dazu steigen die Pro-Kopf-Löhne im öffentlichen Bereich heuer sehr kräftig. Das ist auf zwei Sonderfaktoren zurückzuführen, die das Gehaltsniveau aber nicht nachhaltig vom üblichen Entwicklungspfad abbringen (Nachzahlungen für die Anerkennung von Vorverdienstzeiten für Beamte im öffentlichen Dienst und bei der Post sowie Lehrkräfte, Überstunden im Bereich der öffentlichen Sicherheit und im Gesundheitswesen). 2021 werden die Pro-Kopf-Löhne im öffentlichen Sektor aufgrund eines Ausgleichseffektes sehr schwach steigen. Wegen der negativen Effekte der Krise auf die bevorstehenden Lohnrunden und auf die effektive Entlohnung der Beschäftigten (einschließlich der Überzahlungen) werden die Pro-Kopf-Löhne auch 2021 nur mäßig zunehmen.

Da die COVID-19-Kurzarbeit die entfallene Arbeitszeit mit einer sehr hohen Ersatzrate deckt und ein Teil der Arbeitszeitverringerung durch den Abbau von Urlaubsrückständen und Zeitkonten erfolgt, gehen die geleisteten Arbeitsstunden deutlich stärker zurück als die bezahlten Arbeitsstunden.

Die schwache Pro-Kopf-Dynamik der Löhne bewirkt 2020 in Verbindung mit dem erheblichen Beschäftigungsrückgang einen leichten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Gehaltssumme gegenüber dem Vorjahr. Die Kurzarbeit, die auf die Pro-Kopf-Löhne eine dämpfende Wirkung hat, trägt wesentlich zur Stabilisierung der Einkommen und somit auch der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Gehaltssumme bei.

Die tiefe Rezession im Jahr 2020 wird sich – im Zusammenspiel mit der Abflachung der Inflation – dämpfend auf die Abschlüsse der

kommenden Lohnrunden und somit auf die Lohndynamik auswirken. Gleichzeitig ist für 2021 von einem starken Anstieg der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit und des Arbeitsvolumens insgesamt auszugehen. Das angenommene Auslaufen der Kurzarbeit und der Beschäftigungsanstieg werden den Rückgang des Arbeitsvolumens 2020 nicht vollständig, aber doch zu einem guten Teil kompensieren. In Summe werden die Löhne und Gehälter pro Kopf um 2,4% steigen (real +1,1%), die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme wird um 3,6% wachsen. Für den Zeitraum 2022 bis 2024 wird ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg der Nominallöhne pro Kopf um 2% erwartet.

4.7 Staat

Infolge der COVID-19-Pandemie verschlechtert sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte sowohl durch **substantielle zusätzliche Ausgaben** – vor allem das Corona-Hilfspaket des Bundes in Höhe von 38 Mrd. €⁷⁾ und die Hilfspakete der Bundesländer im Gesamtvolumen von 1,4 Mrd. € – als auch durch den **Entfall von Abgabeneinnahmen** aufgrund des Einbruchs der Wirtschaftsleistung. Nach einem Maastricht-Überschuss von 0,7% des BIP im Jahr 2019 wird für das Jahr 2020 daher ein Defizit von 7,4% prognostiziert. Mit der Erholung der Wirtschaft und dem Auslaufen der Hilfsprogramme verbessert sich der Finanzierungssaldo (2021 auf –3,3% des BIP), bleibt aber bis 2024 negativ. Im Durchschnitt des Zeitraumes 2020/2024 ergibt sich daher ein Maastricht-Defizit von 3,2%.

Die kurzfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird wesentlich durch die zusätzlichen Ausgaben im Rahmen des COVID-19-Hilfspaketes bestimmt. Die Prognose ist dabei jedoch mit beträchtlichen Unsicherheiten verbunden, da die **tatsächliche Budgetbelastung von der effektiven Inanspruchnahme und Umsetzung der einzelnen Hilfsmaßnahmen abhängt**. Gemäß dem Zugang der Bundesregierung "Alles, was es braucht – koste es, was es wolle – für Arbeitsplätze und Unternehmen" könnten die jeweiligen Budgetmittel nötigenfalls noch aufgestockt werden. So wurden die budgetierten Mittel für den Härtefallfonds auf 2 Mrd. € verdoppelt und für die COVID-19-Kurzarbeitsbeihilfe in mehreren Schritten von 0,4 Mrd. € auf 5 Mrd. € angehoben⁸⁾. Die vorliegende Prognose geht (per 16. April 2020) für das Jahr 2020 von insgesamt 12,4 Mrd. € an budgetrelevanten Subventionen aus (Härtefallfonds 2 Mrd. €, Kurzarbeit 4,6 Mrd. €, budgetwirksame Zuschüsse aus dem Notfallfonds 5,8 Mrd. €). Insbesondere die Inanspruchnahme des Notfallfonds, der mit

⁷⁾ Die Corona-Soforthilfe von ursprünglich 4 Mrd. € wurde um 15 Mrd. € für den Corona-Hilfsfonds, 9 Mrd. € für Garantien und Haftungen und 10 Mrd. € für Steuerstundungen auf insgesamt 38 Mrd. € aufgestockt.

einem Mix aus Kreditgarantien und Zuschüssen die Liquidität der von der Krise besonders betroffenen Unternehmen und Wirtschaftssektoren sichern soll, ist derzeit schwierig einzuschätzen. Zusätzlich sind Kredithaftungen und Garantien erst bei tatsächlichen Ausfällen budgetrelevant. Die Budgetprognose berücksichtigt für 2020 Haftungen von 0,5 Mrd. € und für 2021 von 0,8 Mrd. €.

Zusätzlich werden aus der Soforthilfe annahmegemäß 4 Mrd. € an **öffentlichen Konsumausgaben**, vorwiegend zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung und zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, sowie an staatlichen Bruttoinvestitionen und Leistungsentgelten für die Inanspruchnahme nicht-staatlicher Hilfsorganisationen zur Bewältigung der Krisenfolgen finanziert.

Auf der **Einnahmenseite** wirken Steuerstundungen unmittelbar auf das Budget, während gestundete Sozialbeiträge das Defizit erst bei Nichteinbringung erhöhen. Die Herabsetzung der Steuervorauszahlungen für die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer im Jahr 2020 ist budgetär von den Einnahmenseitigen auf Grund der Gewinneinbußen kaum zu trennen. In Summe werden die Einkommen- und Vermögensteuereinnahmen 2020 mit rund –10% deutlich sinken, wobei die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (–25%) am stärksten auf die Rezession reagieren. Die Sozialversicherungsabgaben werden zusätzlich durch uneinbringliche Stundungen um 0,5 Mrd. € geringer ausfallen.

Weitere **automatische Stabilisatoren** senken die Einnahmen aus der Lohnsteuer (–2,5 Mrd. €) und der Mehrwertsteuer (–1,5 Mrd. €), während die prognostizierten Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung um 0,5 Mrd. € zunehmen (jeweils gegenüber der WIFO-Prognose vom Dezember 2019).

Der **längerfristige Pfad** der öffentlichen Finanzen wird erheblich vom unvollständigen Aufholprozess der Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie geprägt. Da das BIP-Niveau im Zeitraum 2020/2024 unter dem vor der Krise angenommenen Niveau bleibt, steigen die Staatseinnahmen um 1,9%, während die Ausgaben mit durchschnittlich +2,8% deutlich schneller zunehmen. Sowohl die Entwicklung der Einnahmen (insbesondere aus der Mehrwertsteuer) als auch der Ausgaben (Arbeitnehmerentgelte und Ausgaben für Pensionen) werden durch die erwartete Verringerung des Preisaufrübes gedämpft. Auf der Einnahmenseite kommt jedoch die stärkere zyklische Komponente der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie

⁸⁾ Der *Budgetdienst* (2020) rechnet die Mittel für die COVID-19-Kurzarbeit zu den 38 Mrd. € hinzu, da sie aus unterschiedlichen Quellen finanziert werden. Zusätzliche Mittel für Kurzarbeit werden aber die notwendigen Ausgaben aus dem Corona-Notfallfonds senken.

Infolge der COVID-19-Pandemie verschlechtert sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte sowohl durch substantielle zusätzliche Ausgaben als auch durch den Entfall von Abgabeneinnahmen von 0,7% des BIP im Jahr 2019 auf –7,4% 2020.

Die automatischen Stabilisatoren senken die Einnahmen aus der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer, während die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung höher ausfallen.

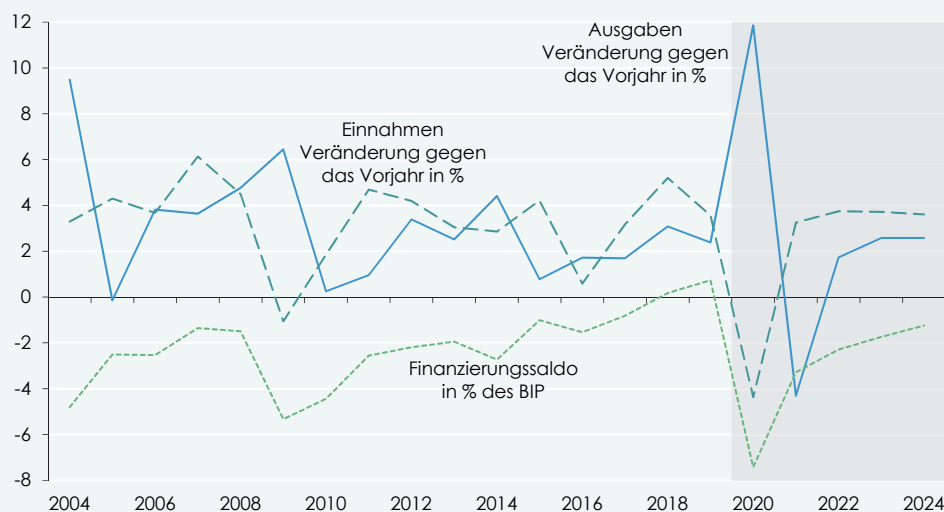
Die Einnahmenquote nähert sich nach einem mäßigen Rückgang bis 2024 wieder dem Wert von 49% des BIP, während die Ausgabenquote nach dem sprunghaften Anstieg im Jahr 2020 wieder auf knapp 50% sinkt.

der Kapitalertragsteuern hinzu. Die Staatseinnahmenquote nähert sich somit nach einem mäßigen Rückgang bis zum Ende des Prognosezeitraumes wieder dem Wert von 49% des BIP, während die Staatsausgabenquote nach dem sprunghaften Anstieg auf 56,2%

im Jahr 2020 wieder auf knapp 50% sinkt. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Staatsschuldenquote, welche im Jahr 2020 auf über 80% des nominellen BIP steigt und ab 2022 langsam wieder zurückgeht.

Abbildung 10: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 7: Staat – Hauptvariante

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Laufende Einnahmen	+ 3,3	+ 3,3	+ 1,9	+ 3,6	- 4,4	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,6
Laufende Ausgaben	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,4	+ 11,9	- 4,3	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,6
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,0	+ 3,6	+ 1,9	+ 3,3	- 4,1	+ 4,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,8	- 0,5	- 3,2	+ 0,7	- 7,4	- 3,3	- 2,3	- 1,7	- 1,2
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 2,3	- 0,9	- 2,7	- 0,8	- 5,6	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 1,2
WIFO-Methode ²⁾	- 2,1	- 0,7	- 2,1	- 0,4	- 4,9	- 2,1	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,7	- 0,8	- 2,1	- 0,8	- 2,4	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 1,2
WIFO-Methode ²⁾	- 1,6	- 0,6	- 1,5	- 0,4	- 1,7	- 2,1	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Staatsschuld	82,5	78,1	79,8	70,4	80,2	80,5	80,5	79,6	78,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2019. – ²⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Für den **strukturellen Budgetsaldo**⁹⁾ ergeben sich zunächst maßgebliche Änderungen aufgrund der tiefen Rezession. So dreht sich

die im Jahr 2019 positive Outputlücke 2020 ins Negative, der zyklisch bereinigte Budgetsaldo erreicht im Jahr 2020 -5,6%. Da die

⁹⁾ Gemäß der WIFO-Schätzung der Outputlücke auf Basis der Methode der Europäischen Kommission.

Kosten der kurzfristigen Hilfsmaßnahmen (Kurzarbeit, Härtefall- und Notfallfonds) bei der Ermittlung des strukturellen Saldos als Einmalmaßnahmen herauszurechnen sind, beträgt das strukturelle Defizit im Jahr 2020 2,4% des BIP. Nach dem erwarteten Wegfall der Einmalmaßnahmen im Jahr 2021 verschlechtert sich der strukturelle Budgetsaldo kurzfristig, verbessert sich aber gegen Ende des Prognosezeitraumes auf einen Wert von – 1,2% des BIP. Die Europäische Kommission wird angesichts der COVID-19-Pandemie voraussichtlich die "General Escape Clause" aktivieren und somit den Spielraum im Stabilitäts- und Wachstumspakt deutlich erhöhen.

Die vorliegende Prognose beruht neben dem unterstellten Konjunkturverlauf auf der "No-Policy-Change"-Annahme. Somit werden weder die ursprünglich geplante Umsetzung des Anfang Jänner 2020 vorgestellten Regierungsprogrammes (Bundeskanzleramt, 2020) noch weitere wahrscheinliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung nach dem Ende der COVID-19-Pandemie berücksichtigt. Das im Regierungsprogramm genannte Ziel eines ausgeglichenen öffentlichen Haushaltes bei gleichzeitiger Verringerung der Abgabenbelastung wird unter den aktuellen Rahmenbedingungen mittelfristig nur über Konsolidierungsanstrengungen zu erreichen sein.

Die Europäische Kommission wird angesichts der COVID-19-Pandemie voraussichtlich die "General Escape Clause" aktivieren und somit den Spielraum im Stabilitäts- und Wachstumspakt deutlich erhöhen.

5. Ein pessimistischeres Szenario

Der in vielen Ländern beinahe zeitgleich verordnete Produktions- und Nachfrageverzicht belastet die Weltwirtschaft in einem enormen Ausmaß. Im aktuellen Umfeld außerordentlich **erhöhter Prognoseunsicherheit** weicht das WIFO deshalb von seiner üblichen Vorgehensweise ab, nur ein Prognosezenario zu präsentieren: Die **Abwärtsrisiken** haben derzeit eine weitaus höhere Eintrittswahrscheinlichkeit als die Aufwärtsrisiken.

Das dargestellte **pessimistischere Szenario teilt** mit der Hauptvariante den **Grundoptimismus zum Verlauf der Epidemie in Österreich** (Kapitel 2).

Für eine kleine, eng in die internationalen Lieferketten integrierte Volkswirtschaft wie Österreich gilt grundsätzlich: Auch wenn im eigenen Land zur Eindämmung der COVID-19-Epidemie alles richtig gemacht wird und die größten Schäden vermieden oder abgefedert werden können, einer Vertiefung der weltweiten Rezession kann es sich nicht entziehen.

Ein möglicher Indikator für eine tiefere Rezession könnte die aktuelle Entwicklung der Rohölpreise (Brent) sein: Sie gaben trotz der Ankündigung einer Fördereinschränkung um fast 10 Mio. Barrel pro Tag ab Mai 2020 Ende April deutlich nach.

Sollte sich die weltweite Rezession vertiefen, dann würde die Wirtschaftsleistung in Österreich 2020 um 7½% und die Beschäftigung um 2½% zurückgehen. Die Arbeitslosenquote würde sich auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10% des BIP erhöhen.

Übersicht 8: Internationale Konjunktur – Pessimistischeres Szenario

		Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum		+ 0,8	+ 1,9	– 0,6	+ 1,2	– 8,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,3
MOEL 5 ¹⁾		+ 2,2	+ 3,9	+ 0,6	+ 3,6	– 5,0	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0
USA		+ 2,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 2,3	– 6,0	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Schweiz		+ 2,0	+ 1,7	– 0,1	+ 0,9	– 6,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,1
China		+ 8,6	+ 6,7	+ 4,7	+ 6,1	– 2,2	+ 8,8	+ 6,1	+ 5,5	+ 5,7
		Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	Dollar je Barrel	102	57	39	64	32	35	40	43	45
Wechselkurs	\$ je €	1,33	1,13	1,09	1,12	1,11	1,10	1,09	1,09	1,08
Internationale Zinssätze, Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,9	0,2	0,4	– 0,3	– 0,3	± 0,0	0,3	0,5	1,3

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Diese Alternativrechnung versucht daher, die Folgen einer tieferen internationalen Rezession, als im Hauptszenario unterstellt, für die österreichische Wirtschaft abzuschätzen. Dabei wird für die ersten zwei Quartale 2020 dieselbe Entwicklung wie in der Hauptvariante unterstellt, die internationale Erholung ab dem III. Quartal aber schwächer angenommen. Darüber hinaus wird ein deutlich

niedriger Rohölpreispfad unterstellt. Die europäische Geldpolitik weitet aufgrund der tieferen Rezession das PEPP um rund 400 Mrd. € aus, um die langfristigen Zinssätze im Euro-Raum zu stabilisieren. Da für die USA keine symmetrische Aktion unterstellt wird, ergibt sich eine Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar (Übersicht 8).

Unter den genannten Bedingungen einer tieferen internationalen Rezession mit einer schwächeren Erholung würde sich diese Entwicklung über einen noch deutlicheren Exportausfall als in der Hauptvariante auf die heimische Wirtschaft übertragen. Die Wirtschaftsleistung würde dadurch stärker einbrechen mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Um diesen Effekt zu verringern, werden in diesem Szenario die budgetrelevanten Subven-

tionen auf 20½ Mrd. € ausgeweitet. Die Unterstützungsmaßnahmen für unselbständige Beschäftigte (Kurzarbeitsbeihilfe) betragen dann 8 Mrd. €, und die Mittel für den Härte- und Notfallfonds für Selbständige und Unternehmen werden mit 12½ Mrd. € dotiert. Gemäß dieser Simulationsrechnung würde die Wirtschaftsleistung 2020 um 7½% und die Beschäftigung um 2½% sinken. Die Arbeitslosenquote würde auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10% des BIP steigen (Übersicht 9).

Übersicht 9: **Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Pessimistischeres Szenario**

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,2	+ 1,9	- 0,3	+ 1,6	- 7,5	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,4
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 1,8	+ 4,3	- 1,3	- 0,7	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,6
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,7	- 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,1
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,6	- 2,5	- 1,1	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,6	- 2,5	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,1	5,3	5,6	4,5	5,7	5,8	5,5	5,4	5,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,3	8,3	8,8	7,4	9,1	9,1	8,7	8,6	8,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,0	3,6	1,4	3,6	0,8	1,0	1,4	1,8	1,9
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,8	- 0,5	- 5,6	+ 0,7	-10,0	- 5,5	- 4,6	- 4,1	- 3,6
Staatsschuld	82,5	78,1	90,0	70,4	84,5	89,1	91,0	92,2	93,2
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	7,6	7,8	8,3	9,7	6,2	7,0	7,8	8,2

Q: Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

6. Literaturhinweise

- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, St. J., Kost, K. J., Sammon, M. C., Viratyasin, T., "The Unprecedented Stock Market Impact of COVID-19", NBER Working Paper, 2020, (26945).
- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, St. J., Terry, St. J., "COVID-Induced Economic Uncertainty", NBER Working Paper, 2020, (26983).
- Barro, R. J., Ursúa, J. F., Weng, J., "The Coronavirus and the Great Influenza Pandemic: Lessons from the 'Spanish Flu' for the Coronavirus's Potential Effects on Mortality and Economic Activity", NBER Working Paper, 2020, (26866).
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., "Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(1), S. 33-40, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62440>.
- Bethune, Z. A., Korinek, A., "Covid-19 Infection Externalities: Trading Off Lives vs. Livelihoods", NBER Working Paper, 2020, (27009).
- Boivin, J., Ng, S., "Are More Data Always Better for Factor Analysis?", Journal of Econometrics, 2006, 127, S. 169-194.
- Budgetdienst, Update COVID-19-Maßnahmenpakete und Budgetentwurf 2020, Wien, 2020.
- Bundeskanzleramt, Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024, Wien, 2020.

- Cotis, J. P., Elmeskov, J., Mourougane, A., "Estimates of potential output: Benefits and pitfalls from a policy perspective", in Reichlin, L. (Hrsg.), *The Euro Area Business Cycle: Stylized Facts and Measurement Issues*, CEPR, London, 2005, S. 35-60.
- Ederer, St., WIFO-Konjunkturszenario: Scharfer, aber im besten Fall kurzer Einbruch der Konjunktur infolge der Coronavirus-Pandemie, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65840>.
- Eichenbaum, M. S., Rebelo, S., Trabandt, M., "The Macroeconomics of Epidemics", NBER Working Paper, 2020, (26882).
- EU Independent Fiscal Institutions (EU IFIs), *A practitioner's guide to potential output and the output gap*, 2018.
- Frale, C., Marcellino, M., Mazzi, G. L., Proietti, T., "EUROMIND: a monthly indicator of the euro area economic conditions", *Journal of the Royal Statistical Society Series A*, 2011, 174, S. 439-470.
- Glocker, Ch., Wegmueller, P., "Business cycle dating and forecasting with real-time Swiss GDP data", *Empirical Economics*, 2020, 58(1), S. 73-105.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Roeger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps", *European Economy, Economic Papers*, 2014, (535).
- Hristov, A., Planas, C., Roeger, W., Rossi, A., "NAWRU estimation using structural labour market indicators", *European Economy, Discussion Papers*, 2017, (69).
- Jordà, O., Singh, S. R., Taylor, A. M., "Longer-run Economic Consequences of Pandemics", NBER Working Paper, 2020, (26934).
- Maidorn, S., "Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations?", *Empirica*, 2018, 45(1), S. 59-82.
- Mariano, R. S., Murasawa, Y., "A new coincident index of business cycles based on monthly and quarterly series", *Journal of Applied Econometrics*, 2003, 18, S. 427-443.
- OECD, *Testing for COVID-19. A way to lift confinement restrictions*, Paris, 2020, https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=129_129658-l62d7lr66u&title=Testing-for-COVID-19-A-way-to-lift-confinement-restrictions.